

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.
Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Breslau, Sonnabend, 7. October 1893.

4. Jahrgang.

Ueber freisinniges Judenthum und über den Freisinn überhaupt.

B. G. Die Hauptvertreterin des Ultramontanismus in Schlesien, die „Schlesische Volkszeitung“, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 4. October eine ziemlich umfangreiche Correspondenz aus Berlin, die die Frage behandelt: „Wie stellt sich das jüdische Element bei der Spaltung der freisinnigen Partei.“ Die Antwort, welche zwischen den Zeilen hervorleuchtet, lautet natürlich, so unzuverlässig und grundsatz-verräterisch wie nur möglich.

Es wird da erzählt, Eugen Richter habe den Beschluß der Freisinnigen Vereinigung, für die bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin Gegencandidaten gegen einige seiner Volksparteiler aufzustellen, sehr unwirksam aufgenommen. Sein lebhafter Kampf gegen dieses Unternehmen der Freisinnigen Vereinigung sei sehr erklärlich, denn die letztere finde bei den Censurwahlen sehr gewichtige Bundesgenossen besonders im besitzenden Judenthum. Klug rechnende Juden hätten es schon während des Streites um die Militärvorlage für vortheilhafter erkannt, mit der Regierung zu gehen. Ein jüdisches Fachblatt habe dieser Politik recht offener Ausdrück gegeben. Dann wird in einem flüchtigen Abriss unserer deutschen Parteigeschichte, der in der Hauptsache ganz zutreffend gezeichnet ist, überall wo es nur geht, das Judenthum als Sündenbock capitalistischer Principienlosigkeit in den Vordergrund gedrängt.

Es wird erzählt, daß das Bank-, Börsen- und Handelscapital vor zwanzig Jahren an der Seite der Großindustrie zur nationalliberalen Partei gehört habe. Als aber die Mehrheit der Nationalliberalen, den

industriellen Interessen entsprechend, für die Schutzpolitik eingetreten sei, habe das am Freihandel interessirte Capital unter Führung von Basker und Bamberger die Secession gemacht. Dabei sei dieses freihändlerisch-capitalistische Element in die Fortschrittspartei hineingerathen und so sei das Geldjudenthum, welches hauptsächlich durch Bamberger vertreten werde, zu dem studirten Judenthume gekommen, welches sich schon früher um die manchesterliche demokratische Fahne geschaart hatte. Dann wird so ganz nebenbei in zwei Zeilen erwähnt, daß allerdings auch nichtjüdische Capitalisten dabei waren, die von Richter und Brömel vertreten würden. Dieser mobile Besitz habe nun in der Gemeinschaft mit Richter und seinen grundsatzstreuen Genossen nicht den Vortheil gefunden, den er seiner Natur nach — soll heißen seiner Judenthumsnatur nach — vor Allem im Auge habe.

Bejagte Leute, die Dr. Bamberger, der Typus der Hochfinanz, geführt habe, wollten Führung mit der Macht behalten. Sehr bezeichnend sei, daß das jüdische „Berliner Tageblatt“ das Hauptorgan des Commerzienrath- und Hoflieferanten-Freisinns geworden sei. Die Freisinnige Volkspartei werde nun aus den Erfahrungen, die sie jetzt mit dem mobilen Capital und besonders mit der jüdischen Finanz mache, in Bezug auf das Wahlgesetz etwas lernen können. Die Haltung der Freisinnigen im Abgeordnetenhaus gegenüber dem Wahlgesetz sei nicht fest und ehrlich gewesen; in Bezug auf die Staatswahlen hätten sie die demokratische Fahne herausgehängt, was ein billiges und ungefährliches Vergnügen gewesen sei. Für die Gemeindegewahlen aber sei ihnen das Großcapital garnicht so sehr verhaßt gewesen, weil sie selber in den größeren Städten, namentlich in Berlin, im Gelbjack das Bollwerk ihrer Macht erblickt hätten. Wenn nun die

reichen Wähler der ersten Klasse und vielleicht auch noch die mittelbesitzenden der zweiten zu der Vereinigung überlaufen, so werde den Freisinnigen schon klar werden, daß eine Auffrischung und Verbreiterung der oberen Wahlklassen auch ihren communalen Interessen dienlich sei.

Aus den letzten Zeilen leuchtet der Zweck der Correspondenz hervor. Der ultramontane Schreiber wünscht, die Freisinnige Volkspartei möchte für ein Stückchen Landtagswahl-Reform gewonnen werden, durch welche in die oberen Wahlklassen ein wenig mehr von den Wählern der Mittelstände hineingebracht würden und das den Ultramontanen in den Kram paßte. Bei dieser Gelegenheit sucht er den Eugen Richter und Genossen die Verbindung mit ihren jüdischen Parteifreunden nach Kräften zu verkettern und zugleich seinen Lesern, also zunächst dem Publikum der „Schlesischen Volkszeitung“, die Ueberzeugung beizubringen, daß die Juden an allem Unheil in der Politik schuld sind.

Das ist aber nicht wahr, und dem kann nicht oft und energisch genug entgegengetreten werden. Die Interessen, welche die „freisinnige Partei“, ebenso wie die rationalliberale und die freiconservative, vertritt, sind durchaus capitalistische und haben mit der Religion nicht das Mindeste zu thun. Nur die ultramontane Partei kämpft außer für die Interessen des Capitals noch für die der katholischen Kirche, für die des Papstes und der hohen Geistlichkeit, welche in noch höherem Maße volksfeindlich sind und sich seit mehr als anderthalb Jahrhunderten als im höchsten Grade schadenbringend für die Völker erwiesen haben.

Die Juden erscheinen in der Politik neben dem hohen Geistlichkeit und dem hohen Adel wie Lämmerlein weiß wie Schnee, und abgesehen von den letzten Pa-

Schlagende Wetter.

Roman von Maurice Talmeier.
Uebersetzt von Alice Geiser.

49

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Der Lieutenant wandte sich an Jaquemin:
„Jean Jaquemin, Sie waren im Walde?“

Bei diesen Worten entschlüpfte denen, die bei dieser Scene zugegen waren, ein Ausruf der schwersten Anklage.

Seit weniger als einer Stunde hatte Jaquemin wahrgenommen, wie Ereignisse sich vorbereiten und wie Personen sich vorbereiteten, die selbst für einen ruhigen Geist, der den Dingen, die sich begaben, fern stand, Wundern ähnlich sahen. Da er nun ohnehin von sinnverwirrender Angst erfüllt war, hatte ihn zuerst das Entsetzen übermannt.

Nun war er durch die Anrede des Lieutenants weniger niedergeschmettert als aufgestört worden. Er antwortete daher ziemlich ruhig:

„Als ich an der „Hose“ vorüber ging, hörte ich Hilfe rufen — — —“

„Hat dieser Mann davon gesprochen?“

„Nein“, sagte der Sergeant.

Der Lieutenant fuhr fort:

„Jean Jaquemin, wenn Sie Jemand um Hilfe hören hörten und wenn Sie ihm beistehen wollten,

müßte es denn nicht Ihr erster Gedanke sein, die Wache davon zu benachrichtigen?“

Jaquemin fühlte die Logik dieser Worte und erinnerte sich gleichzeitig der Scene, die zwischen ihm und dem Bürgermeister stattgefunden hatte. Er fühlte einen Augenblick einen Schwindel, wie ihn ein Mensch empfindet, der am Erstickten ist. Er antwortete nichts.

Der Offizier sagte zu dem Diener:

„Ist Jean Jaquemin Ihnen bekannt?“

Der Diener machte eine bejaurende Kopfbewegung.

„Und Ihnen, Wirth?“

Aus dem Hintergrund der Schänke antwortete

Grillepoit: „Ja.“

Der Lieutenant betrachtete Jaquemin auf's neue aufmerksam und irre gemacht durch dessen gefasstes Benehmen, fragte er:

„Was spricht man über Ihn in Pont-sur-Sambre?“

Der Diener und der Gastwirth sahen sich an, dann erwiderte der erstere:

„Herr Lieutenant, wir kennen ihn noch nicht lange. Niemand im Lande weiß, wer er ist. Es sind allerdings Dinge vorgekommen, von denen hier gesprochen werden muß. Vorgefunden hat er gegen den Bürgermeister, der ihn aus den Steinlohlen-Gruben entlassen hat, Drohungen ausgestoßen.“

Diese Worte drohten Jaquemin zu vernichten. Er widersprach.

„Ich habe gegen Niemanden Drohungen ausgestoßen.“

Das Gesicht des Offiziers verfinsterte sich.

„Wirth, haben Sie davon gehört?“

„Wie Jedermann.“

Und der Lieutenant wandte sich wieder an den Captain:

„Halten Sie diesen Mann eines Mordes fähig?“

„Das kann ich nicht sagen.“

„Und Sie?“

„Ich kann es auch nicht sagen“, wiederholte Grillepoit.

„Haben Sie den Bürgermeister ermordet?“ fragte der Offizier, indem er Jaquemin scharf ansah.

Das war für Jaquemin wie ein Faustschlag. Er schrei rang sich aus seiner Brust.

„Morden; — — Ich! — —“

Die Stimme versagte ihm, als ob seine Kräfte ihn verlassen, und er murmelte:

„Nein, nein, nein, nein!“

Dann fuhr er nach kurzer Pause fort:

„Ich begreife, warum man mich verhaftet hat. Ich sehe doch nicht aus wie ein Mann, der einen Mord begangen hat! Ich würde mit Blut besudelt sein. Gestern bin ich nach der Stadt gegangen. Am Morgen bin ich weggegangen, am Abend kam ich zurück. Ich hörte im Wald schreien und bin darauf zurückgelaufen. Ich weiß nicht, was passiert ist! Wenn ich den Herrn Bürgermeister getödtet hätte, würde ich mich gerettet haben, ich würde nicht in das Dorf zurückkehren sein. Alles, was ich gesagt habe, ist wahr, das schwöre ich.“

Der Lieutenant schien verblüfft; er fuhr fort, nachdem er nachgedacht hatte:

Jahrzehnten haben sie auch in Deutschland und Preußen politisch noch eine sehr untergeordnete Rolle gespielt.

Selbst in der freisinnigen Partei sind die Richter und Ortmel, die Baumbach und Richter um kein Haar besser, sondern vielmehr sehr viel gefährlicher und einflussreicher als ihre jüdischen Parteigenossen.

Ein Bröbchen von der politischen Ehrlichkeit des tapferen Eugenius giebt ja der ultramontane Correspondent, indem er sagt, die Freisinnigen hängten bei den Staatswahlen die demokratische Fahne heraus, weil es da ihnen nichts schade, aber bei den Gemeindevahlen hielten sie es mit der Plutokratie — denen, die durch ihren Reichthum herrschen. Im preussischen Landtage sind sie für das allgemeine Stimmrecht eingetreten, weil sie bestimmt wußten, daß sie mit dergleichen Anträgen durchfallen würden. Im bayerischen Landtag aber haben die Freisinnigen die Petitionen um Einführung des allgemeinen und directen Wahlrechts in den Papierkorb expedirt, und in den Gemeinden, wo die Gemeindeordnung den Verwaltungsbehörden die Macht gegeben hat, das Wahlrecht zu verallgemeinern oder es den Nichtbesitzenden vorzuenthalten, haben sie so plutokratisch geschaltet und gewaltet, wie in den preussischen Gemeindeverwaltungen auch und haben für eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Nichtbesitzenden nirgends das Mindeste gethan.

Baumbach, der Oberbürgermeister von Danzig der der intime Freund Eugen Richters ist, kann als das Muster eines christlich-capitalistischen Freisinnigen gelten, dessen Glanzleistung bei der Vertheidigung der Kinderarbeit in den Fabriken in dem Ausspruch bestand, diese, die Kinder zu Lawentien mordende Ausbeutung in den Fabriken des Industriecapitals, sie werde ja bekanntlich dadurch gewissermaßen geadelt, daß jeder Hohenzollernprinz ein Handwerk erlernen müsse.

Zu solch erbärmlicher Speicheldelei haben sich die Juden doch noch nicht erniedrigt. Aber sie mögen ja ihren christlichen Genossen werth und würdig sein, denn sie gehören zu der großen Bourgeoispartei, die von Deminglen auf der Rechten bis zu Eugen Richter auf der Linken reicht. Sie sind allesamt Feinde der Armen und treten, wo sie die Macht haben, z. B. für die Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel ein. Sie heucheln nur da Volksfreundlichkeit, was es ihnen keinen materiellen Nachtheil bringt und sind allesamt eben so, wie die Vertreter des Capitalismus, auch die ferocilen Knechte des Militarismus, ganz gleich viel, ob sie Juden oder Christen sind.

Politische Rundschau. Deutschland.

kleine Vorlagen für den Reichstag. Wenn der Bundesrath demnächst wieder zusammentreten wird, wird er, wie officiös gemeldet wird, einige neue kleinere Gesetzentwürfe zur Verathung vorfinden:

Darunter wäre hauptsächlich die Novelle zur Gewerbe-Ordnung zu nennen, welche den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten in den §§ 35 eingestellt wissen und für die Wiederzulassung zu den in dem letzteren aufgeführten Gewerbe rieben eine Erleichterung schaffen will.

Jean Jaquemin, Sie sehen nicht aus wie ein Schurke, und wenn Sie hier Steiger sind, wenn Sie in der That eines Verbrechens unfähig sind, werden Sie wohl angelehene, ehrenhafte Leute kennen, die Auskunft über Sie geben können?

Ein Blitz erleuchtete den Geist Jaquemin's. Er antwortete, noch ehe der Offizier angetreten hatte: „Ja, der Schullehrer!“

Der Offizier setzte das Verhör aus, sprach mit dem Corporal, der gleich darauf mit einem Wachtmann hinausging.

Mehrere Minuten lang hörte man in dem Zimmer keinen Ton, kein Geräusch, keine Bewegung, nicht einmal murren. Es war gut, daß man die Fenster, die nach dem Garten hinausgingen, geöffnet hatte. Die Luft ward vor keinem Hauche gestört, so daß die Flamme der Lampe sich nicht im geringsten bewegte und die drückende gewitterschwüle Abendluft verjüngerte noch die Fieberlust, die man in der Schänke athmete.

Der Offizier hatte eben zu schreiben angefangen, als der Corporal plötzlich eintrat:

„Ich glaube, es ist Jemand auf der Gasse.“

Dann zündete er die Laterne an, ging wieder hinaus und sah wirklich draußen einen Schatten, der sich nicht rührte.

Seit einer Stunde hatte Loubeau hier in der Finsterniß ausgehalten und alles gehört. Er hatte schon von weitem den Schritt Jaquemin's, der in seinem Herzen widerhallte, auf der Straße erkannt. Er

Es erwarten den Bundesrath jedoch auch einige Verwaltungsmassnahmen. Hierunter ist neu eine Verordnung über den Handel mit Oefen, von früher stammt das abgeänderte Amtliche Waaren-Verzeichniß zum Zolltarif. Auch dürfte der Bundesrath sich noch mit einigen älteren, von ihm noch nicht erledigt Gesetzentwürfen zu beschäftigen haben, beispielsweise dem Entwurf über die Aenderung des Titels III der Gewerbe-Ordnung betreffs des Gewerbebetriebs im Umherziehen, wie er im November 1892 von der bayrischen Regierung vorgelegt worden ist. Schließlich werden auch bald nach Wiederaufnahme der Sitzungen dem Bundesrath solche Vorlagen zugehen, die in der vorletzten Tagung vom Reichstage unerledigt gelassen wurden, namentlich der Entwurf über den Schutz von Waarenbezeichnungen und die Novelle zum Unterstüßungswohnstättengesetz. Die letztere ist in der Reichstagscommission, welcher sie zur Vorberathung überwiesen war, nach Annahme einiger Abänderungen fast mit Stimmeneinhelligkeit angenommen worden. Die neue Redaction der Novelle dürfte auf die in der Reichstags-Commission gefassten Beschlüsse Rücksicht nehmen.

Den preussischen Steuerzahlern macht der Berliner „Börsen-Courier“ schlechte Aussichten. Nach seiner Angabe übersteigen die für 1894/95 zum preussischen Etat angemeldeten Ausgaben die Deckungsmittel sehr erheblich. Wenn es nicht gelingt, das finanzielle Verhältniß zum Reich zu bessern, so erscheint daher auch für das nächste Jahr die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben als wenig wahrscheinlich.

Ja, der Dalles wird chronisch, wenn man die Steuerzahler nicht noch unverfrorener schröpft als bisher.

Ein „revolutionärer“ Minister. Bekanntlich hat der preussische Handelsminister v. Berlepsch einen Gesetzentwurf zur „Organisation des Handwerks“ verfaßt, der bei den Innungsältern keine Gegenliebe findet. Der Vorstand des „Mitteldeutschen Handwerkerbundes“ in Breslau hat einstimmig eine Resolution gegen den Gesetzentwurf angenommen, in der es unter Anderem heißt:

Er, der Vorstand, hält die Tendenz dieser Vorschläge gegenüber den rechtlichen und sittlichen Interessen der Innungen für eine revolutionäre, dieselben zerstörende und den Niedergang und die Aufreibung des Handwerks und des gesammten Mittelstandes noch weiter befördernde. Die Vorschläge gelten ihm daher als indiscutabel und verbesserungsunfähig.

Die Ironie der Geschichte — ein preussischer Minister wird revolutionärer Tendenzen beschuldigt, der unter dem „neuen Kurs“ alles aufbietet, um der Socialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen! Ja, wenn Innungsältere wild werden, preißen sie in ihrer Wildheit auch auf diejenigen ein, um deren Wohlwollen sie sich sonst wie getretene Würmer ringeln. „Indiscutabel und verbesserungsunfähig“ Gesetzentwürfe hat es zwar oftmals gegeben, aber — o zweifache Ironie! — gerade das indiscutabelste Zeug fand in der Regel die Zustimmung der Innungsältere. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich die Innungsältere neuerdings nur indiscutablen Vorschlägen zuwenden werden, denn, wenn sie den Gesetzentwurf des Herrn v. Berlepsch für revolutionär halten, ist ihre politische Auffassung „hinter dem Monde“ her.

Was nun? In Berlin sind vorgestern die Commissionen der deutschen und russischen Regierung zusammentreten, um nach längerer Unterbrechung die Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag fortzuführen. Noch ist

zitterte bei dem Ruf der Schildwache, bei dem Ausruf des Corporals, bei den Fragen, die man an Jaquemin gerichtet hatte und bei seinen Antworten. Wußte er wohl in diesem Moment, um was es sich handelte? Erkannte er in diesem Verhör, in diesem Sehen und Kommen, in dem Schweigen, in den Silbern, die gewisse Worte ihm vor Augen führten, die Gefahr, die Jaquemin bedrohte. Nein! Aber er fühlte, daß sich dem Manne, den er liebte, ein Unglück nahte. Ebenso wie er seinen Schritt erkannt hatte, erkannte er jetzt seine Angst; er hörte ihn leiden, wie er ihn kommen gehört hatte.

Es war für den armen Schleppler ein schrecklicher Augenblick voller Unentschlossenheit und Ohnmacht. Er hatte sich vor zwei Stunden gesagt, daß er da sein wolle, wo sich der Steiger befand und er befand sich nun hier. Was sollte er thun? Lange blieb er in düstres Nachdenken versunken. Dann wollte er nur ebenso, wie er sich blindlings in das Dorf gewagt hatte, um einer Gefahr entgegenzulaufen, wie es Jaquemin gethan, verhaslet werden, wie es Jaquemin war. Er war in die Gasse gegangen. Er stand beinahe schon auf der Schwelle zu der Gastwirthschaft, als er in seiner Aufregung wieder in seinen Versteck zurückwich, dann kam er wieder hervor und ging noch einmal zurück. Einen Moment trat es ihm vor die Seele, daß man ihn ebenso verhören würde, wie man es mit Jaquemin gethan. Er sah sich als Gefangener, hart angefahren und schimpflich behandelt. Dann wieder erhub er im Geiste Jaquemin gerettet und

in allgemeiner Erinnerung, was im Juni und Juli zum vorläufigen Abbruch der Unterhandlungen geführt hat, nachdem diese sich bereits Jahre lang hingezogen und in ihrem wechselnden Verlauf sich die Möglichkeit eines Vertrages als erreichbar herausgestellt hatte, ist in das russische Finanzministerium mit Witte ein abgemessener Wille eingezogen war. Es war, wie heute kaum noch irgendwo bezweifelt wird, die Rücksicht an die Militärvorlage und die Agrarier, was die Berliner Regierung zu dem seltsamen Vorwand der „Erholungsbedürftigkeit“ der Minister und Räte veranlaßte, damit nicht die Mehrheit für die Militärvorlage durchgerückt über ein Zustandekommen des Vertrages irritirt werden sollte. Ueberblickt man die kurze Entwickelung seit dem Juni, die Reichsfinanznoth und den heftigen Steuerjammer, so wird man kaum im Zweifel sein, was dem deutschen Wirtschaftsleben förderlicher gewesen wäre, der Handelsvertrag oder die abermalige Heeresvermehrung. Die Entscheidung wird um so weniger schwer sein, wenn man die ernsthaften Schädigungen ins Auge faßt, die der mit äußerster Härte geführte Zollkrieg für beide Staaten im Gefolge gehabt hat. Es sind jahrelange Verbindungen zerstört worden, die namhafte Privat- und auch einen guten Theil Nationalvermögen darstellten. Viele Importeure sind empfindlich geschädigt, Tausende von Arbeitern verloren ihre Beschäftigung und es wird sich sehr fragen, ob diesen Verlusten ein entsprechender Gewinn gegenübersteht, wenn es jetzt zum Abschluß eines Vertrages kommen sollte.

Was nun? — diese Frage drängt sich auf. Es ist zu beachten, daß Deutschland sich längst zu einem Ausfuhrland entwickelt hat, Städte und ganze Provinzen auf den ausländischen Markt angewiesen sind; wir haben zahllose Export-Industrien. Wird dieser Thatsache gegenüber das Ideal der Agrarier, Deutschland auf das Niveau eines Agricultur-Staates zurückzuschrauben, diese lächerliche und gefährliche Utopie verwirklicht werden? Das würde gleichbedeutend sein mit allgemeiner Verarmung und Entvölkerung! Wird die Regierung sich auf den Boden einer Anschauung stellen, die ein Ausfluß des rückichtslosesten Klassen-Egoismus ist?

Je früher die Antwort auf diese Fragen erfolgt, je besser!

Der „edle“ Herr von Hammerstein ist der „Mann des Tages“, d. h. der Kritik, die sich mit seiner so ganz plötzlich gekommenen Entdeckung der Nachtheile, die eine Tabakfabriksteuer seinem Wahlkreise zufügen würde, beschäftigt. Der Chefredacteur des ultraconservativen Geistes wird nichts Stichhaltiges einwenden können gegen den Vorwurf der „Frankf. Ztg.“, daß aus seinen Aeußerungen der gefährlichste und prägnanteste Partikularismus, der borussische, vernehmbar sei. Eine officiöse Stimme in den „Berl. Pol. Nachr.“ höhnt:

„Wenn die „Kreuztg.“ besonders das Interesse der westfälischen Tabakfabrikation und der darin beschäftigten Arbeiter betont, so liegt es nahe, daran zu denken, daß Freiherr von Hammerstein in Herford-Halle zum Reichstage gewählt ist, nachdem ihn sein früherer Wahlkreis im Stich gelassen hatte, und daß Herr Stöcker sein Bielefelder Mandat in den nächsten Wochen gegen einen starken Angriff zu vertheidigen hat.“

frei, und es überließ ihn ein Schauer des Glücks. Plötzlich, als er sich umwandte, sah er einen Soldaten vor sich, der ihn betrachtete, und das war in dem Moment, als der Corporal mit der Laterne erschien und ihm vom Eingang des Gäßchens her zurief:

„Wer ist da?“

Loubeau antwortete nicht. Der Corporal ging gerade auf ihn zu, packte ihn beim Arm und zog ihn zum Eingang der Wache. In demselben Augenblick packten ihn zwei Hände an den Schultern, Lärm wurde laut, und er befand sich in einem Zimmer voller Soldaten, mitten in dem Geschrei, zwischen Jaquemin, der aufrecht stand, und dem Offizier, der sich gesetzt hatte.

Der Unglückliche sah entsetzlich aus. Der Graben, in den er sich geworfen hatte, um sich vor der Patrouille zu verbergen, die kleine unsaubere Gasse, in der er fast eine Stunde auf dem Boden gehockt, hatten Roth- und Schmutzflecken auf seinen Kleidern zurückgelassen. Man hätte glauben können, daß er sich auf der feuchten Erde herumgewälzt hätte, und seine Blässe, seine niedrige Stirn, das Zittern seines langen, mageren Körpers, die verfürten Augen, der große, blöde, halbhohe Mund, das Alles machte einen schmutzigen und unheimlich närrischen Ausdruck zugleich. Es gab unter den Jägern auf der Wache Leute aus dieser Gegend, die die Geschichte des Schlepplers kannten, den Wahnsinn der Mutter und die düstere fixe Idee des Sohnes. Sonderbare Voraussetzungen, geheimnißvolle Vermuthungen liefen um.

Auch der Gegenvorschlag der „Kreuzzeitung“, anstatt des Tabaks das Bier heranzuziehen, findet in dem offiziellen Organ keine Zustimmung:

Der Vorschlag der Wiedereinnahme des Planes einer höheren Besteuerung des Bieres hat wohl kaum erdast gemacht. Denn ihm steht die bis jetzt unüberwindene Schwierigkeit einer Verständigung mit Bayern und die von dem Herrn Reichskanzler Namens der Bundesregierung bei der Verhandlung über das Militärgesetz erteilte Erklärung entgegen. Soweit sich die Sache zur Zeit übersehen läßt, hätte auch der Plan, soviel mehr auf das Bier zu schlagen, als der Ertrag der Tabakfabriksteuer ausmacht, im Reichstage nicht die mindeste Aussicht auf Annahme. Scheidet sonach das Bier aus der Reihe der Steuerobjecte aus, welche für die Finanzreform jetzt hauptsächlich in Frage kommen können, so bleibt als Ersatz für den Tabak in der That nur der Branntwein übrig. Sollen aber 50 bis 60 Millionen Mark mehr als bisher aus dem Branntwein gezogen werden, so wird das sicher nicht ohne schwere Schädigung der Landwirtschaft vor sich gehen können. Es wird daher nicht ohne Interesse sein, zu sehen, wie die conservative Partei, welche sonst die Interessen der Landwirtschaft so lebhaft vertritt, sich zu der Auffassung der „Kreuzzeitung“ stellen wird.

Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß Herr von Hammerstein in dieser Frage die Mehrheit der Conservativen nicht hinter sich haben wird.

Auch die freiconservative „Post“ weist den Vorschlag der „Kreuzzeitung“, statt der geplanten Tabaksteuer die Biersteuer zu erhöhen, sehr entschieden zurück. Das Blatt sagt u. A.:

„Soviel kann schon jetzt als sicher angenommen werden, daß, wenn von der Heranziehung des Tabaks ganz abgesehen werden müßte, selbst nicht einmal die Deckung des Mehrbedarfs für die Militärvorlage, geschweige denn eine Finanzreform im Reichstage möglich wäre, denn der Tabak bietet das morceau de resistance der Steuerpläne, der Rest, Börsensteuer, Lotteriestempel, Weinsteuern, bringt nicht eben allzu viel und nicht entfernt genug, um auch nur die Kosten der Militärvorlage zu decken; auf die Biersteuer zurückzugreifen, wie die „Kreuzzeitung“ vorschlägt, erscheint aber ganz ausgeschlossen. Selbst wenn die Regierung, entgegen ihren Erklärungen, auf eine Erhöhung der Biersteuer, die um 55 Millionen zu bringen, über eine Verdoppelung der jetzigen Sätze weit hinausgehen müßte, zurückkommen wollte, so erscheint die Annahme eines solchen Vorschlages in dem Reichstage bei seiner jetzigen Zusammensetzung ganz ausgeschlossen. Die Regierung statt des Tabaks auf das Bier zu verweisen, heißt daher, ihr Steine statt Brot zu bieten, und ist mithin nichts Anderes, als ein leeres Spiel mit Worten. Tabak aber ablehnen, ohne genügenden Ersatz zu bieten, ruft die Gefahr hervor, daß der Branntwein wieder ernstlich in Betracht kommt; dies sollte man im Interesse der Landwirtschaft vermeiden.“

Die „Kreuzzeitung“ selbst scheint sich dieser Gefahr sehr wohl bewußt zu sein; sie nimmt Anlaß, die „Liebesgabe an die Agrarier“ zu vertheidigen, und sie thut das in der Weise, daß sie unter schönster Verleugung der Wahrheit den „Beweis“ konstruirt, „daß die 40 Millionen-Liebesgabe“ weder jetzt lediglich in die Taschen der Brenner fließt, noch bei Aufhebung des Contingents auch nur zum größeren Theil den Reichsfinanzen zu Gute kommen würde.“

Dazu wird bemerkt:

Für die geplante Reichssteuerreform ist daher die „Liebesgabe“ ohne Belang. Will man die Lasten dieser Reform wirklich durch eine veränderte Besteuerung des Spiritus wieder ausschließlich auf die Schultern Norddeutschlands abladen, dann bleibt nur das Rohspiritusmonopol übrig. Wir werden abwarten, ob dies den nicht bayerischen Gegnern der Biersteuer zusagt.“

Natürlich würden bei Einführung solch eines Monopols die Fuzel-Barone gar kein schlechtes Geschäft machen. Sie würden die Brennerei behalten und das Reich würde den von ihnen producirten Rohspiritus zu einem gesetzlich festgesetzten Preise verkaufen. Dafür könnten sie auf die Liebesgabe von 40 Millionen schon verzichten. Das Monopol würde ihnen einen höheren und sichereren Profit garantiren, der nicht mehr beeinträchtigt werden kann von der freien Concurrenz und den Schwankungen des Marktes.

Die neueste Stellungnahme der „Kreuzzeitung“ zu den Steuerprojecten hat den nicht zu unterschätzenden praktischen Werth, daß unsere Steuerkünstler wohl oder übel auf's Neue beschäftigen müssen, welsch in samer Schwindel es ist, immer noch der Volksmasse glauben machen zu wollen: die neuen Steuerlasten würden nicht auf die schwachen Schultern gelegt werden!

Zimmer mehr in's Gedränge gerathen die Steuerreformer“. Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß die Reichssteuer- bzw. Deckungsfrage noch weit mehr Schwierigkeiten machen wird, wie die Militärvorlage sie gemacht hat. Noch immer ist es allein das decorative Beiwerk, die Börsensteuer, welche Aussicht auf Annahme hat. Wein- und Tabaksteuer hingegen treffen selbst schon bei einem Theile der Regierungen auf entschiedenen Widerspruch; der vielberufene „Interessen-Gegensatz zwischen Süd und Nord“ macht sich in immer höherem Grade geltend. Die Süddeutschen haben, was man ihnen wahrhaftig nicht verdenken kann, keine Lust, dem

preussischen System der Volksbeglückung berechnete Interessen zum Opfer zu bringen. Wie aus der „Frankf. Ztg.“ erhellt, wehren die süddeutschen Staaten sich mit den Händen und Füßen dagegen, daß die Reichs-Weinsteuer bereits bei Weinen im Werthe von 50 Mark pro Hektoliter beginnen soll. Diese Abschätzung der „Qualitätsweine“ führt nach ihrer begründeten Ansicht zu einer starken Benachtheiligung des Südens. Sie haben andere, nicht näher bezeichnete Vorschläge gemacht, welche aber abgelehnt wurden, und nun sollen sie entschlossen sein, die vorgeschlagene Werthgrenze nicht anzunehmen, überhaupt nicht nachzugeben. Es ist ja richtig, wenn die „National-Zeitung“ sagt, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen zählten nur 17 von den 58 Stimmen im Bundesrath. Ultramontane Blätter meinen aber:

„Man hätte alle Veranlassung, auf die durch die letzte Militär-Vorlage wahrlich nicht verbesserte Stimmung der Bevölkerung Süddeutschlands zu achten, statt durch Mehrheitsbeschluß über sie zur Tagesordnung überzugehen. Die stärkere Belastung des Tabaks ist in Süd-Deutschland stets großem Widerspruch begegnet. Die neue Fabriksteuer ist nun allerdings geeignet, die Süddeutschen zu verärgern; denn ihr Tabakbau wird von den Steuern befreit und damit ihnen die Herstellung billiger Cigarren für den Massenverbrauch erleichtert, während in Norddeutschland diese Fabrikation durch den Zoll auf fremden Tabak erschwert wird. Aber das erscheint in Süddeutschland nicht ausschlaggebend.“

Die „Rölnische Volks-Zeitung“ meint, die „Bestimmung“ in Süddeutschland sei da. Nach unseren Informationen ist Erbitterung gegen die preussische Hegemonie der richtige Ausdruck Uebrigens werden gegen die Weinsteuer sich mit den Süddeutschen sehr wahrscheinlich auch die meisten Abgeordneten der Rheinprovinz verbinden. Denn es ist doch unbestreitbar, daß die Steuern auf „Qualitäts-Weine“ im Werthe von 50 Mark pro Hektoliter vor Allem den kleinen Winzer an dem Rhein und an der Mosel schwer drücken, der doch so zu sagen auch Landwirth ist.

Der oben erwähnte Artikel der „Kreuz-Zeitung“ läßt bereits erkennen, daß viel mehr, als bei der Militärvorlage für den einzelnen „ordnungsparteilichen“ Abgeordneten das Interesse seines Wahlkreises ausschlaggebend sein wird. Die „Autoritäten“ werden gegen ihn wenig ausrichten, wenn seine Wähler Weinbau oder Tabakfabrikation betreiben. Bei der Abstimmung über eine Steuerfrage wird er ganz anders vor eine Gewissens- und persönliche Interessen-Frage gestellt, als wo er sich mit allgemeinen Redensarten über „Schonung der schwächeren Schultern“ abspießen und einschläfern lassen könnte. Es wird demnach schwieriger sein, die Parteien, die für die Militärvorlage gestimmt haben, zusammenzuhalten. Die Regierung ihrerseits hat den Parteien auch kaum etwas zu bieten. Die Polen haben bis jetzt noch nicht einmal den ihnen ausgestellten Schul Wechsel honorirt gesehen. Die Antisemiten haben sich auf ihrem norddeutschen Parteitage u. s. w. ausdrücklich gegen die Tabakfabriksteuer erklärt und dürfen sich verlich auf ein Entgegenkommen der Regierung rechnen, für das sie abermals einschwenken könnten. Von solchen kleinen Gruppen wird aber das Schicksal der Steuer-Vorlagen noch mehr abhängen, als das der Militär-Vorlage, falls sie überhaupt Aussicht auf Ausnahme haben.

Zu alledem ist allen Steuerplänen, insbesondere so weit sie über das unbedingte Bedürfnis zur Deckung der neuen Militärfkosten hinausgehen, durch das Bekanntwerden weiterer Ansprüche des Militarismus ein neues Hindernis in kaum begreiflichem Uebermuth in den Weg gewälzt worden.

Als ein blinder Bismarckverherrlicher ganz besonderer Art entpuppt sich immer mehr auch der Verfasser der „Stuttgarter Spaziergänge“, welche im hiesigen freiwilligen Hofmoniteur von Zeit zu Zeit erscheinen; derselbe läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, seiner tiefsten Verehrung für die „eiserne Durchlaucht“ in der gewohnten, geschmacklosen Weise Ausdruck zu geben. Seit seinem zweimonatlichen Aufenthalte hinter schwedischen Gardinen, welchen er einer öffentlichen Besprechung von angeblichen Vorgängen in einem hiesigen Offizierscasino verdankte, scheint seine Zuneigung für den Ex-Gewaltigen eine noch intensivere geworden zu sein. Es darf daher nicht verwundern, wenn er gleich nach Bekanntwerden der Günser Depesche den Pegasus bestieg und in einem begeisterten „Gedicht“ seiner unbehändigen Freude über die angebahnte Versöhnung zwischen dem „rhythmischen Diener mit seinem kaiserlichen Herrn“ lebhaftesten Ausdruck verlieh. Der nach Form und Inhalt gleichwertige Erguß kennzeichnet so recht den

„Patriotismus“ gewisser Leute, deren Mund stets von Kaisertröte und ähnlichen Dingen überfließt. Nachdem der „Dichter“ geschildert, wie schwer der Reichskanzler gelitten, daß sogar sein Leben in Gefahr war, daß, „als der Kaiser dies vernommen, es selbst über ihn gekommen“ und „vor seinem Geiste tauchte auf Otto von Bismarck's Siegeslauf“ — fährt er fort:

Der Kaiser dacht' wohl auch daran,
Wie weh' dem Aiten er gethan,
Wie tief er ihn gekränkt, betrübt,
Der ihn wie einen Sohn (!!) geliebt.
Da schwand denn aller Stolz dahin,
Dem Kaiser ward so weich zu Sinn,
Denn leise klang ihm durch Gemüth
Ein wohlbekanntes mahrend' Lied;
„O Lieb', so lang du lieben kannst,
O Lieb', so lang du lieben magst,
Die Stunde kommt, die Stunde kommt,
Wo du an Gräbern stehst und klagst!“

Daß er in seinem fanatischen Bismarck-Cultus zu weit gegangen, sieht der im Uebrigen auch kaiserbegeisterte Dichter sofort selbst ein; in der letzten Strophe weist er nämlich darauf hin, daß der Kaiser „rasch und warm“ seinen Gruß an ihn abgesandt und wenn Bismarck auch nicht an den Rhein kommt, werde er doch dem Kaiser fortan näher sein; deshalb läßt er zum Schluß sein Gedicht wie folgt ausklingen:

Das wollen wir dem Kaiser danken.
Es lüchelt sich die Wetterwolke.
Die drückend lag auf unserm Volke, (!)
Denn rufen darf es jetzt auf's Neu'
In einem Athem ohne Scheu:
„Gott soll der deutsche Kaiser leben
Und unser Bismarck gleich daneben!“

Es ist eine bekannte Gleichnismöglichkeit unserer patriotischen Federhelden, daß sie ihre eigene werthe Person und die kleine Zahl ihnen Gleichgesinnter mit dem Volke verwechseln, das bei der letzten Reichstagswahl 1 800 000 Stimmen allein auf die Candidaten der Socialdemokratie abgegeben hat. Wie drückend diese „Wetterwolke“ z. B. auf dem Volke lag, könnte der Verfasser des Poems jeden Tag erfahren, wenn er wirklich unter demselben Volke verkehrte; er hat aber von dessen Stimmung gar keine Ahnung und würde unliebsam überrascht sein von dem zwar derben, jedoch sehr zutreffenden Urtheil, welches das Volk über derartige Preßerzeugnisse abzugeben pflegt. Am meisten fällt hierbei auf, daß die sonst so loyalen Herausgeber des „Moniteurs“ diesen Panegyricus auf Bismarck, den bis vor Kurzem noch ausgesprochensten Gegner der kaiserlichen Regierung, so ohne Weiteres passiren ließen; wenn man bedenkt, daß in diesem Blatte als höchstes Princip gilt, in keiner Weise nach Oben anzuklopfen und Alles peinlich zu vermeiden, was irgend einen unangenehmen Eindruck in diesen (z. B. die freimüthige energische Verurtheilung der niederträchtigen Soldatenschindereien, welche sich Offiziere und Unteroffiziere nach wie vor zu Schulden kommen lassen), so muß man sich wirklich wundern, woher das Blatt den Muth nahm, seine Spalten einem „Gedicht“ zu öffnen, welches den Kaiser direct beschuldigt, den z. Bismarck „gekränkt“ und „betrübt“ zu haben.

Unsere Leser aber können daraus ersehen, daß es mit der manchen Leuten nachgerühmten Kaiser- und Königstreue seine eigene Bewandniß hat und wie berechtigt es ist, wenn in unserer Presse behauptet wird, es werde mit der Devise „Mit Gott für König und Vaterland“ häufig Mißbrauch getrieben.

Die 3. Wagenklasse auf den Eisenbahnen. Ueber die Vertheilung des Personenverkehrs auf die 1., 2. und 3. Wagenklasse in Europa macht ein von dem französischen Finanzministerium herausgegebenes Fachblatt die in der folgenden Zusammenstellung enthaltenen Angaben:

| | Procente der beförderten Personen | | | Procente der erzielten Einnahmen | | |
|----------------|-----------------------------------|--------|--------|----------------------------------|--------|--------|
| | 1. Kl. | 2. Kl. | 3. Kl. | 1. Kl. | 2. Kl. | 3. Kl. |
| Deutschland | 0,6 | 10,2 | 89,2 | 4,9 | 26,9 | 68,2 |
| Oesterreich | 1,2 | 12,7 | 86,1 | 7,5 | 27,6 | 64,9 |
| Rußland | 1,4 | 7,1 | 91,5 | 6,2 | 15,1 | 64,1 |
| Schweden | 2,2 | 19,7 | 78,1 | 11,4 | 34,4 | 54,2 |
| Großbritannien | 3,6 | 8,1 | 88,3 | 12,4 | 10,6 | 77,0 |
| Belgien | 3,9 | 12,8 | 83,3 | 14,8 | 25,1 | 60,1 |
| Italien | 4,8 | 25,9 | 69,3 | 17,5 | 36,8 | 45,0 |
| Holland | 7,0 | 23,0 | 70,0 | 16,6 | 35,2 | 47,2 |
| Frankreich | 8,0 | 36,0 | 56,0 | 21,0 | 27,2 | 52,0 |

Wo eine 4. Klasse besteht, wie in Deutschland, ist in der Tabelle der Verkehr derselben der 3. Klasse zugerechnet.

Durch diese Zahlen wird unsere oft geäußerte Behauptung bestätigt, daß die Haupteinnahmen des Personenverkehrs der Eisenbahnen von den Benutzern der 3. Wagenklasse stammen, und daß diese für die Bequemlichkeit und den Luxus der in der 1. und 2. Wagenklasse Fahrenden aufzukommen haben.

Großes Heil ist allen sächsischen Professoren widerfahren! Bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Jubiläums des Dresdener Realgymnasiums theilte der Sekretär des Kultusministeriums mit, das sächsische Gesamtministerium habe den Beschluß gefaßt, den Professoren an den höheren Unterrichtsanstalten den Rang in der vierten Klasse der Hofrangordnung zu gewähren — Die drei Professoren erhalten damit dieselbe Hofrangordnung, in der jeder — Lieutenant steht.

Einen Fortschritt versteht die „Kreuz-Ztg.“ gestern Abend den Bismarck'schen Reptilien z., die geleugnet hatten, daß der Schwemninger verpflichtet sei, über den Gesundheitszustand seines „Chefs“ dem Könige von Preußen Bericht zu erstatten. Die „Kreuzzeitung“ bracht die beglückliche Cabinetsordre ab, die das Datum des 21. April 1890 trägt, also kurz nach der Entlassung des Hausmeiers geschrieben ist. Es heißt darin unter Anderem:

„Es ist mein Wunsch, daß Sie auch fernere die ärztliche Behandlung des Fürsten leiten und soweit erforderlich, selbst ausüben. Indem ich Sie mit diesem Auftrag betraue, will ich von Zeit zu Zeit Ihre Berichte über das Befinden des Fürsten entgegennehmen.“

Es ist ja sehr begrifflich, daß diese Cabinetsordre in dem „Zeichmecterten“ keine angenehmen Gefühle erwecken konnte. Allein darum braucht man doch nicht zu lägen oder lägen zu lassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Censurbülthen. Die Wiener „Volkstribüne“ bringt in ihrer letzten Nummer folgende Censurbülthen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Man lese folgendes:

Die Anarchistenverhaftungen Confiscirt! Confiscirt! — — — — nichts zu sagen.

Das „Extrablatt“ — — — — Confiscirt! Confiscirt! — — — —

Nachdem es „nichts zu sagen“ hat, daß die Anarchistenversammlungen und das Extrablatt confiscirt worden, greift der Censor zu folgenden Mitteln:

Die Wahlrechtsbewegung — Confiscirt! Confiscirt! — um jeden Preis.

Der Ausnahmezustand — Confiscirt!

Nach dieser Maßregel findet man selbstverständlich, daß weitere Confiscation nur logisch ist:

Das Parlament — — — Confiscirt! Confiscirt! —

Ebenso:

Der erste Staatsanwalt, Confiscirt! Confiscirt! —

Und das alles in einem Lande, welches mit an der Spitze der Cultur schreiten will. — Commentar überflüssig.

Italien.

Wo Alles in Staats- oder Kirchensozialismus mact, darf die stolze Italia nicht allein zurückbleiben, denkt Giolitti und hat beschlossen, in den nächsten Tagen eine Rede zu halten, in der er eine Reihe von Gesetzen socialpolitischer Natur beschreiben will. Er verkündet diesen kühnen Entschluß der Welt durch den offiziellen Telegraphen und läßt noch hinzufügen: „Er — der große Giolitti — hofft durch diese Gesetze den Socialismus zu verdrängen.“ Nun — diese Hoffnung haben auch Andere gehabt, zum Beispiel ein gewisser Bismarck, der jetzt zerstückelt und gebrochen am Boden liegt, während der Socialismus sich vorzüglichster Gesundheit und mächtigen Wachstums erfreut. Interessant ist es aber und sehr schmeichelhaft für uns, daß alle reactionären Regierungen der Welt, und neuerdings sogar auch der Paps, in dem Socialismus den letzten Rettungsanker erblicken — freilich nicht in dem christlichen Socialismus der Socialdemokraten, sondern in dem polizei- und militärfrommen Staatssozialismus, der aus der ganzen menschlichen Gesellschaft ein großes Arbeitshaus mit Kaserne und Kirche zu machen beabsichtigt. Nun, dieser Zukunftsstaat wird niemals Gegenwartstaat werden. Wohl aber liefert er Wasser auf unsere Mühle, denn — er ist ein sprechender Beweis dafür, daß unsere Feinde an die Lebenskraft des Socialismus glauben, und zu befeuern anfangen, wie ohne ihn — den Socialismus — überhaupt kein lebensfähiges sociales und politisches Gebäude möglich ist. Freilich, sie wähnen den Socialismus zu „abzuheben“ und ihm, indem sie ihn einsaugen und verspeisen, sein revolutionäres Gift nehmen zu können, allein solche Ueberlistungsversuche sind niemals erfolgreich, wie schon der alte Hegel erkannt hat, und wer vom Socialismus ist, wird entweder Socialist oder nicht.

England.

Der internationale Kohlenstreik. Eine Versammlung der vereinigten englischen Grubeneigentümer nahm gestern, einem Telegramm zufolge eine Resolution an, „in welcher das Bedauern über den Beschluß der Bergarbeiter-Conferenz in Chesterfield ausgesprochen wird, wonach eine Conferenz mit den Arbeitgebern behufs Wespriechung der Lohnreduction abzulehnen, die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Lohnsätzen jedoch zu gestatten sei. Die Versammlung wiederholte lediglich den bereits abgelehnten Vorschlag der Besitzer, welche erklären, es könne keine Regelung in dieser Frage stattfinden, die nicht eine Lohnkürzung in sich schließe. Da die Vertreter der Bergleute es ablehnen, eine Lohnherabsetzung zu besprechen, sei die Regelung mittels beiderseitiger Conferenzen unmöglich.“

Die vereinigten Herren Grubeneigentümer sitzen sonach als Körperschaft noch auf dem hohen Ross, eine große Anzahl der Herren, die vorige Woche noch auf dem hohen Ross saßen, sind inzwischen aber herabgestiegen, und haben ihre Gruben zu dem früheren Lohnsatz geöffnet. Man muß sich erinnern, daß dieser Streik, der vorigen Montag genau acht Wochen dauerte, nicht durch eine Mehrforderung der Arbeiter, sondern durch die Ankündigung einer Lohnreduction seitens der Grubeneigentümer hervorgerufen worden ist. Die Annahme von Arbeitern zu den früheren Lohnsätzen ist hiernach ein Rückzug der Unternehmer. Ist der Sieg der Arbeiter auch noch kein vollständiger, so ist immerhin ein wichtiger Erfolg zu verzeichnen, der den endgiltigen Triumph erwarten läßt.

Die Kohlenpreise steigen fortwährend, und immer kräftiger erklärt sich die öffentliche Meinung und Stimmung für die streikenden Arbeiter, deren heldenmüthiges Ausharren unter den denkbar schwersten Opfern ihnen die Sympathien jedes fühlenden Menschen gewinnen muß. In den Streikbezirken spottet die Noth jeder Beschreibung; alles Verpfändbare ist verpfändet und Tausende von Frauen ziehen mit Kindern herum, um Brot zu erbitten — nicht erbitteln. Es ist ein that-sächlicher Communismus eingeführt. Jeder, der etwas hat — natürlich die satien Herren Grubenbarone ausgenommen — giebt so viel er kann. Trogdem denkt Niemand an Unterwerfung, und da die Beiträge in Folge des Arbeitsantritts heinake eines Fünftels der Streikenden jetzt etwas reichlicher fließen, so ist zu hoffen, daß die Noth ihren Höhepunkt erreicht hat.

Die Mayors (Bürgermeister) von Bradford, Sheffield, Leeds und anderen Städten haben auf nächsten Montag nach Sheffield eine Versammlung berufen, zu dem Zweck, eine Vermittelung anzubahnen. Die Arbeiter, sowohl als die Grubenbesitzer sollen sich — dem Telegramm zufolge — bereit erklärt haben, Vertreter oder Bevollmächtigte zu schicken.

Aus Belgien und aus Frankreich sind die Nachrichten noch immer unklar und einander widersprechend. Weil es in beiden Ländern an den festgegliederten Organisationen fehlt, durch welche die Engländer sich auszeichnen, wird der Kampf unregelmäßiger geführt und ist schwerer zu übersehen. Gewiß ist, daß der Streik fortbauert und, während er in Frankreich sich auf der alten Höhe behauptet, in Belgien sich noch immer ausdehnt.

Amerika.

Europäische Einmischung in amerikanische Angelegenheiten. Einem Telegramm zufolge hätten die Befehlshaber der im Hafen von Rio Janeiro (Brasilien) liegenden fremden Kriegsschiffe den Insurgenten verboten, die Stadt zu bombardiren. Es wäre das eine unbesugte Einmischung, die von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht ruhig wird hingenommen werden. Eine Ausnahme hat nur der Befehlshaber der deutschen Schiffe gemacht, welche erklärte, sich nicht einzumischen zu können, dagegen mit aller Energie für den Schutz der Deutschen in Rio Janeiro sorgen zu wollen. In Washington und überhaupt in Amerika wird dies einen sehr guten Eindruck hervorbringen.

Parteiangelegenheiten.

Gegen das Treiben der „Unabhängigen“ und deren verheerende Ausschüachtung der Vorgänge auf dem Züricher Congreß erläßt Genosse Bebel im „Vorwärts“ folgende

Erklärung.

In Folge meiner längeren Abwesenheit von Hause und der dadurch verursachten Händigung meiner Arbeiten, kommt mir erst heute die Nummer 35 des „Socialist“ zu Gesicht, in welcher Herr Gustav Landauer in Form eines „offenen Briefes“ die Ausrufung an mich richt, eine Erklärung meiner Worte zu geben, die ich auf dem internationalen Congreß zu Zürich gegen ihn gebraucht haben soll und deren Sinn

angeblich lautete: „er (Landauer) sei ein Polizei-Agent.“

Ich komme diesem Verlangen des Herrn Gustav Landauer sehr gern nach, constatire aber zunächst, daß, was Herr Landauer mich sagen läßt, ich nicht gesagt habe.

Der Vorfall, gelegentlich dessen der von Herrn Landauer erwähnte Ausspruch gefallen sein soll, ist folgender:

In der Versammlung der deutschen Delegation am Abend des 6. August, in welcher die Delegirten die Mandatsprüfung vornahmen, beantragte die Mandatsprüfungskommission die Ungiltigkeit der Mandate der Herren Landauer und Genossen, weil dieselben auf einem principiell abweichenden Standpunkt ständen, dessen Vertretung auf dem Congreß durch die Form der Einladung zu demselben ausgeschlossen sei. Nebenbei wurde auch die Form der ausgestellten Mandate bemängelt.

Herr G. Landauer nahm darauf zu einer längeren Rede das Wort, in der er das Hauptgewicht seiner Beweisführung gegen das richtete, was die Commission selbst als nebensächlich bezeichnet hatte, und behauptete unter Anderem: Auf Grund der Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung in Deutschland sei die Ausstellung eines Mandats von Seiten geschlossener Organisation mit den Gesetzen im Widerspruch. Wer daher ein solches Mandat besitze, mache sich einer Gesetzesverletzung schuldig und setze sich der Gefahr einer schweren Strafe aus, weshalb die Wahl der Delegirten durch öffentliche Versammlungen die einzig zulässige Form sei und nicht beanstandet werden dürfe.

Der Eifer und die Ausführlichkeit, mit welcher Herr Gustav Landauer, der Revolutionär par excellence, die Gefahren der Gesetzesverletzung den Anwesenden ausmalte und auf die Strafen hinwies, die ihrer deshalb harften, veranlaßten mich zu der kurzen Erwiderung: daß, ganz abgesehen von der Unrichtigkeit der Darlegung Landauers über den Zustand der deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, es Sache jedes einzelnen Delegirten sei, die Verantwortung für das ihm anvertraute Mandat zu tragen, und daß es uns gar nichts angehe, ob bei Ausstellung desselben eine Gesetzesverletzung vorgekommen sei oder nicht. Mir mache es nur Vergnügen, zu sehen, mit welchem Eifer der „Revolutionär“ Landauer im Tone eines Polizeibeamten für die Wahrung der Gesetze seitens der Delegirten eintrete.

Als Herr Landauer später in öffentlicher Congreßsitzung mich auf diese Aeußerung hin heftig angriff, habe ich dieselbe dem Sinn nach wiederholt und namentlich auch das Wort „Polizeibeamter“ und nicht „Polizeiagent“ gebraucht.

Für Jeden, der ein wenig denken kann, liegt der Unterschied zwischen dem, was ich gesagt habe, und dem, was Herr Landauer mich sagen läßt, auf der Hand.

Herr Landauer läßt mich eine schwere Beschuldigung aussprechen, die ich nicht aussprechen konnte, weil sie in der That eine Unwahrheit und darum eine schwere Beleidigung des Herrn Landauer gewesen wäre; in Wirklichkeit enthielten meine Worte eine Verpottung des Radicalismus des Herrn Landauer, einen Spott, den aber Herr Landauer und seine Freunde in Folge ihre nervösen Ueberreiztheit nicht merkten und in eine Beschimpfung umdeuteten.

Ich weiß nicht, ob Herr Gustav Landauer mit dieser meiner Erklärung zufrieden ist, ich will ihm aber kurz und bündig sagen, was ich über ihn denke:

Ich halte ihn für keinen Polizei-Agenten, aber ich halte ihn für einen unklaren Fanatiker, der Woche für Woche durch seine Elaborate im „Socialist“, die ich mit Aufmerksamkeit lese, beweist, daß er weder das Wesen des modernen Socialismus verstanden hat, noch die Geschichte und die Entwicklung der Partei kennt, die er allwöchentlich angreift und schlimmer als die grimmigsten Gegner der Arbeiterklasse fortgesetzt beschimpft.

Berlin, 29. September 1893.

A. Bebel.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. October 1893.

An die Staatsanwaltschaft zur freundlichen Erinnerung. Beschluß.

In der Strafsache wider Sauer und Genossen hat das unterzeichnete Gericht, da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung kein hinreichender Beweis dafür vorliegt, daß die Angeeschuldigten Franz, Sauer, Hensel, Heidanke und Wagner am 16. April

1893 zu Ransfern gemildert und daß die erstgenannten vier Angeeschuldigten sich des Vergehens gegen das Gesetz, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen schuldig gemacht haben, da ferner in dem an die Kgl. Staatsanwaltschaft gerichteten Schreiben des Angeeschuldigten Kranz eine Drohung im Sinne des § 114 St.-G.-B. nicht enthalten ist, gemäß §§ 292, 293, 294, 296, 74, 47, 114 St.-G.-B. §§ 1, 9 Gesetz vom 19. Mai 1891, §§ 196, 202, 496, 499 St.-Pr.-Ord.;

auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft ist beschlossen:

I. die Angeeschuldigten:

- a) Arbeiter Paul Sauer,
- b) Werkmeister Karl Hensel,
- c) Fabrikarbeiter Heinrich Heibante,
- d) Klemptner Heinrich Kranz,
- e) Militärinvalid Wilhelm Wagner,

sämmtlich aus Breslau, ad a—d hier in Untersuchungshaft, ad e im Hilsgefängniß zu Wohlau in Haft, werden wegen der ihnen durch Verfügung des Untersuchungsrichters vom 16. Juni 1893, 8. Juli 1893 und 18. Juli 1893 zur Last gelegten Vergehens, und zwar Sauer, Hensel, Heibante, Kranz, Wagner wegen unberechtigten Jagens am 16. April 1893 zu Ransfern, Sauer, Hensel, Heibante, Kranz wegen Vergehens gegen §§ 1 und 9 des Gesetzes vom 19. Mai 1891 und Kranz wegen Vergehens gegen § 114 St.-G.-B. außer Verfolgung gesetzt;

II. Der gegen den Angeeschuldigten Heibante erlassene Haftbefehl vom 16. Juni 1893 wird gemäß der Paragraphen 112, 123 St.-P.-D. hiermit aufgehoben;

III. die Kosten des Verfahrens werden soweit sich dasselbe auf die vorstehenden Straftaten bezieht, der Staatskasse auferlegt.

Dreslau, den 26. August 1893.

Königliches Landgericht.

II. Ferien-Strafkammer.

g. J. Schmidt. Großpösch. Henry.

Ausgefertigt

Dreslau, den 26. August 1893.

Salin

als Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts.

Einen Commentar zu obigem Schriftstück, sowie eine weitere interessante Mittheilung, welche sich als Gegenstück zu der in diesen Tagen stattfindenden Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Uebelthäter von der Matthiasstraße eignet, werden wir in den nächsten Nummern bringen.

[Aus dem Stadtparlament.] Die Sitzung vom Donnerstag, den 5. October, war eine sehr ruhige in ihrem Verlauf. Von den zur Erledigung gelangten Vorlagen erwähnen wir zunächst den Neuentwurf eines Regulativs über die Organisation der Waisenräthe. Das bisher geltende, unterm 7ten October 1880 genehmigte Regulativ vom 16. October 1880 bedarf aus mehreren Gründen der Abänderung. Es wird hervorgehoben, daß die beiden vereinigten Ämter, nämlich des Waisenraths- und des Bezirks-Vorsteheramtes, einzelnen der betreffenden Beamten, namentlich in den Bezirken mit starker Armenbevölkerung, doch allzuviel Arbeit verursacht haben. Das Waisenamt hat sich schließlich zu dem Vorschlage geeinigt, unter grundsätzlicher Festhaltung der Vereinigung der beiden Ämter eine ausnahmsweise Uebertragung der Waisenraths-Functionen an andere Beamte der Armenverwaltung für zulässig zu erklären. Außerdem läßt die in Aussicht genommene Reorganisation des hiesigen Armenwesens auf der Grundlage des sogenannten Oberfelder Systems eine Aenderung der Bestimmungen über die Armenpflege unbedingt geboten erscheinen. Der Entwurf wurde von der Versammlung genehmigt. — Bezüglich der Wiederbesetzung der erledigten Baurathsstelle ersucht der Magistrat zuvörderst das Amtseinkommen derselben festzusetzen, um die Genehmigung des Bezirksausschusses einholen zu können. Der Ausschuss empfiehlt:

- 1) das Gehalt der Stelle auf 7800 Mark, in Worten: Siebentausend achthundert Mark, steigend in dreijährigen Perioden um je 300 Mark bis zum Höchstbetrage von 9000 Mark, festzusetzen.
 - 2) nach Genehmigung des Gehalts durch die Aufsichtsbehörde die Stelle zur Bewerbung auszusprechen.
 - 3) dem Gewählten die Bedingung aufzuerlegen, Nebenämter und Nebenbeschäftigungen gegen Entgelt nur mit Genehmigung beider städtischen Behörden zu übernehmen.
- Stadtv. Ripke richtet an den Magistrat die Frage, ob es sich nicht empfehle, bei Besetzung der Stelle eine

Vereinigung der Leitung der Gas- und Wasserwerke, sowie die Straßen-Pflasterungen in eine Hand zu legen, damit möglichst die vielfachen Verkehrsstörungen, welche durch das fortwährende Aufreißen des Pflasters, wie z. B. solche in der Nicolai-vorstadt entstehen, vermieden werden. Oberbürgermeister Bender erklärt, bezüglich der vom Stadtv. Ripke angeregten Frage könne er sagen, es seien ihm in letzter Zeit allerdings vielfach aus der Nicolai-vorstadt zum Theil anonyme Briefe zugegangen, in den lebhaft über die durch das Röhrenlegen entstehenden Verkehrsstörungen geklagt werde und den betreffenden Beamten Vorwürfe gemacht werden. Er könne demgegenüber nur sagen, daß irgend einen Beamten kein Vorwurf treffe. Derartig: Störungen seien durchaus unvermeidlich und müßten selbst bei geringen Reparaturen eintreten. Die augenblicklichen Röhrlagen in der Nicolai-vorstadt seien durch die Führung des Wassers nach dem Schlachthofsterrain bedingt, wofür die Bauleitung eben nichts kann. Daß dieselbe vielfache Belästigungen im Gefolge habe, erkenne er an. Die Anträge des Aussch. I werden sodann angenommen. — Der Magistrat ersuchte weiter, sich gefälligst damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1894 ab ein dritter und zwar evangelischer Stadtschulinspector mit dem statmäßigen Grundgehalt von jährlich 5000 Mark angestellt werde. Nach der Begründung dieser Vorlage durch Stadtverordneten Dr. Elsner wird dieselbe debattelos, gemäß dem Aussch. antrage, genehmigt. — Für die Installation der elektrischen Beleuchtung im Stadttheater sind am 1. Juni d. J. 59 500 Mark bewilligt worden, für die durch diese Einrichtungen bedingte Erweiterung des städtischen Electricitätswerkes 103 900 Mark, zusammen 163 400 Mark. Der Magistrat ersucht jetzt um nachträgliche Genehmigung der für die Installation der elektrischen Beleuchtung im Stadttheater entstandenen Mehrkosten von 12 534.45 Mark und Entnahme dieses Betrages aus dem Bestandgelderfonds für 1892.93. Die Vorlage wurde auf Antrag des Referenten dem Aussch. V überwiesen. — Um 6 Uhr trat Schluß der öffentlichen Sitzung ein, welcher eine geheime folgte.

[Wichtig für entlassene Militärmannschaften.] Den aus dem activen Militärdienst oder von einer Dienstleistung entlassenen Mannschaften, welche in Ausübung ihres Dienstes irgendwelche körperliche Schäden davongetragen haben, steht das Recht zu, eine staatliche Entschädigung zu beanspruchen. Derartige Anträge sind durch Vermittelung der Bezirkscommandos des Wohnortes des Beschädigten zu stellen, müssen aber innerhalb 6 Monaten nach der Entlassung eingebracht werden.

[Von der Armenverwaltung.] Aus der Armendirection sind folgende Mitglieder ausgeschieden: Particulier Grünhas, Große Dreilindengasse 12, Particulier Körner, Friedrich-Wilhelmstraße 58c und Kaufmann Schälke, Am Ohlau-Ufer 20. An deren Stelle sind neu gewählt und in der letzten Plenarsitzung der Armendirection am 4. d. Mts. in ihr Amt eingeführt worden: Rentier Rückert, Schießwerderstraße Nr. 34, Maurermeister Schön, Friedrich-Wilhelmstraße 40b und Gärtnereibesitzer Springer, Ohlauer Chaussee (Springer-Haus.)

[Vom Lobe-Theater.] Heute Freitag findet wie bereits gemeldet auf allgemeines Verlangen, eine Wiederholung von „Hanna Jager!“ statt. Morgen Sonnabend geht nebst Halbe's „Jugend“ Moser's mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel-Revität „Blau's Blut“ in Scene. Diese Doppel-Vorstellung beginnt präcise 7 Uhr und zwar macht „Jugend“ den Anfang.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 5. dieses Monats, Nachmittags 12 Uhr 55 Minuten, wurde die Feuerwehr nach der Graupenstraße Nr. 16 gerufen, wo im 3. Stock des Hinterhauses in einer Wohnung in Folge Explosion der Ofen eingestürzt war. Die Feuerwehr brauchte nicht in Thätigkeit zu treten. Die Explosion ist wahrscheinlich dadurch verursacht worden, daß sich in einer Reinigungsöffnung des Ofens Petroleum entzündet hat.

[Einbruchsdiebstahl.] Am 4. d. Mts. Nachmittags wurde die Bodenlampe eines Hauses auf der Schießwerderstraße erbrochen und daraus ein blaugrauer Ueberzieher, 2 dunkelblaue Winterjaquets und ein schwarzer Radmantel entwendet.

[Polizeiliche Meldungen.] Verloren: zwei Portemonnaies mit 9 bezw. 16 Mark Inhalt, ein goldener Trauring, gezeichnet E. V. 11. 7. 81 und eine goldene Damen-Remontoiruhr mit silberner Kette. — Abhanden gekommen: 2 Damenmäntel und ein schwarzer Wintermantel. — Gestohlen: am 3. d. Mts., Nachmittags, aus der verschlossenen, mittelst

Nachschlüssel geöffneten Wohnung eines Hauses auf der Werderstraße ein hellbrauner Jagd, ein hellbraunes Jaquet, eine braune Jacke und eine schwarze Jacke. — Verhaftet am 4. d. Mts. 46 Personen.

Gerichtliches.

Breslau, 5. October. Vor dem Schwurgericht begann heute Vormittag 9 Uhr die Verhandlung gegen Fiebiger und Genossen, die Urheber und Theilnehmer des am 17. Juni c. auf der Matthiasstraße verübten großen Erbes. Angeklagt sind 1. der Arbeiter Paul Fiebiger, 2. der Arbeiter Albert Schmidt, 3. der Heizer Ernst Zapiranski, 4. die verehelichte Vorhofsbesitzer Ernestine Wirth, geb. Winkler, 5. der Stellmacher Julius Schlor, 6. der Maurer Carl Stanella, 7. der Arbeiter Heinrich Bernert, 8. der Arbeiter Paul Eiskert, 9. der Arbeiter Adolph Kolbe, 10. der Buchbinder Carl Schmidt, 11. der Schlosser Carl Kluge, 12. der Militär-Invalide Gustav Lehmann, 13. der Gärtnergehilfe Rudolph Kaiser, 14. der Steinseher August Gritschke, 15. der Arbeiter Carl Knorn, 16. der Schlosser Carl Hentschel, 17. der Arbeiter Carl Grundke, 18. der Arbeiter Josef Gimmer, 19. der Schlossergehülfe Eugen Conde, 20. die unverheiratete Arbeiterin Pauline Wacht, 21. der Schlossergehülfe Carl Paul, 22. der Schlosser Moriz Bloch, 23. der Arbeiter Carl Herzog, 24. der Schneidergeselle Carl Burm, 25. der Schmied Carl Bölling, 26. der Arbeiter Joseph Bittig, 27. der Arbeiter Hermann Kallmann, 28. der Arbeiter Carl Fuhrmann, 29. der Schlosser Carl Dittich, 30. der Arbeiter August Stabur, 31. der Arbeiter Carl Walter, 32. die verehelichte Martha Grundke, geb. Böhmer, 33. die unverheiratete Martha Scholz, 34. der Arbeiter Robert Bessler, mit Ausnahme des in Rosenthal wohnhaften Kaiser, sämmtlich von hier, wegen schweren Aufruhrs, schweren Hausfriedensbruchs und vorsätzlicher Körperverletzung. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Mamrot, Marcuse, Schreiber, sowie vier Referendare als Officialverteidiger. Da für die Verhandlung drei Tage — sie dürfte aber wohl länger dauern — anberaumt sind, wurden auch zwei Ersatzjuroren ausgetost. Als Zeugen sind für heut 54 Personen vorgeladen, für die folgenden Tage noch fernere 63. In der Nähe von den Angeklagten, wegen deren die Anklagebänke vermehrt werden mußten, sind drei Schutzleute als Wache aufgestellt. Wie sich bei Feststellung der Persönlichkeiten ergab, ist die große Anzahl der Angeklagten schon früher und zum Theil sehr oft und recht erheblich wegen verschiedener Verbrechen und Vergehens bestraft. Nach beendeter Feststellung der Persönlichkeiten der Vorstehenden den Geschworenen eine auf den Ergebnissen der Voruntersuchung beruhende kurze Darstellung der Vorwürfe, welche der Anklage zu Grunde liegen. Der Schuymann Kirmes stand am 17. Juni d. J., Abends gegen dreiviertel 7 Uhr auf der Matthiasstraße Posten, als der Stellenbesitzer Gudel aus Groß-Ga'e mit zwei zusammengepackelten Wagen angefahren kam. Da dies gegen die Straßenordnung verstoß, notirte Kirmes den Mann. Der Arbeiter Ernst Bloch, der den zweiten Wagen begleitete, stellte nun den Schuymann zur Rede, wie dieser dazu käme, auch ihn — was gar nicht der Fall gewesen war — aufzufahren; er wurde gegen den Beamten ausfällig, beschimpfte ihn und drang auf ihn ein, sodas Kirmes zur Verhaftung Blochs schreiten mußte. Bloch leistete solchen Widerstand, daß der Beamte seiner nicht mächtig werden konnte; er soll die umstehenden Personen um Hilfe gebeten haben. Der Fleischermeister Eisebith erschien plötzlich auch zur Hilfeleistung. Um die Gruppe sammelte sich eine große Anzahl Arbeiter, die meistens aus den Eisenbahnwerkstätten kamen; die Menge folgte den Beamten, welche Bloch abführten und soll sich dabei gegen die Schutzleute auch sehr erregt benommen haben. Hierbei sollen Zapiranski und die Wirth die Menschenmenge gegen die Schutzleute aufgereizt haben. Die Menge war dem Transport nach der Waterloostraße gefolgt und theilte sich dann — auch in Folge des Einschreitens der Beamten — in einzelne Haufen, die sich auf der Matthiasstraße hin und her bewegten. Solche Gruppen kamen wiederholt beim Laden des Fleischermeisters Eisebith auf der Matthiasstraße vorbei, und es wurden Drohungen hineingerufen. Schlor soll vornehmlich derjenige gewesen sein, der solche Drohungen ausstieß und dadurch auch weiter Veranlassung gab — namentlich durch den Hinweis, daß man man Abends wiederkommen und den Eisebith todtschlagen werde — daß die Haufen sich immer mehr zusammenschlossen. Fiebiger und Albert Schmidt sollen zunächst schon in der Menge zugegen gewesen sein, die sich bei der Abführung Bloch's zusammenrottete. Weiterhin aber sollen beide namentlich durch Verbreitung des Gerüchtes, daß der Fleischer Eisebith den Arbeiter Bloch todtschlagen habe, das erregte Publikum aufreizen und ferner den Arbeiter Gernoth, der bei der Verhaftung des Bloch Hilfe geleistet hatte, beim Zusammenstreffen in einem Schanklokal angegriffen und blutig geschlagen haben. Nachdem Gernoth bei einem Schuymann Schutz gesucht hatte, soll er noch ein zweites Mal von der genannten durchgeprägt worden sein, die fernerhin beschuldigt sind, den bei dem Kaufmann Klose in Diensten stehenden Haushälter Neumann, der dem Bloch zu friedlicherem Verhalten zugerufen hatte, hierfür mit Prügel bedroht zu haben. Hauptsächlich durch die Thätigkeit dieser beiden Angeklagten sollen die Ansammlungen von Menschen auf der Matthiasstraße immer größer geworden sein, so daß schließlich Tausende beisammen waren. Dem Eisebith war schon Mittheilung zugegangen, daß man beabsichtigte, abends seinen Laden zu räumen, als um 9 1/2 Uhr Fiebiger und Schmidt in dem Laden erschienen. Sie sollen Eisebith beschimpft und bedroht haben und nach ihrer Hinausweisung wiederum als Führer einer ganzen Menge die Auslieferung des Eisebith verlangte, in den Laden zurückgeführt sein. Eisebith mußte deshalb aus dem Geschäft flüchten. Hinzugekommene Schutzleute ordneten die Schließung des Ladens an, und diese erfolgte auch, obwohl dabei seitens der Menge Widerstand geleistet und Versuche gemacht wurden, das Herunterlassen der Jalousien zu verhindern. Hierbei wurden auch Frau Eisebith und deren Dienstmädchen insultrt und leicht verletzt. Die unterdessen zahlreicher herbeigekommene Schuymannschaft mit dem Polizeicommissarius Wüschel an der Spitze, versuchte nun die Menschenmenge zu zerstreuen. Hierbei wurde den Beamten von Seiten der Menge Widerstand geleistet, wobei sich speziell Fiebiger hervorgethan haben

Fall — sowohl vorher in der Menge als bei seiner Verhaftung. Da die Waffen immer nachdringlicher machten die Schuppleute vollständig von dem Waffen Gebrauch. Sie wurden mit Fäulnis und Steinen geworfen, auch sollen Schüsse gefallen sein. Stänke und Be-nert sind beschuldigt mit Steinen geworfen zu haben, während Giffert, nachdem er erst an der Zusammenrottung theilgenommen, aus einem Fenster seiner Wohnung eine Flasche auf die Schuppleute geschleudert haben soll. Kolbe ist beschuldigt, mit einem armdicken Stocke bewaffnet, den bei der Vertheilung der Menge beschuldigten Bachmann Otto thätlich angegriffen zu haben, während Carl Schmidt, Klinge und Lehmann durch Redensarten und Beschimpfungen der Schuppleute die Menge zum Widerstand aufgereizt haben sollen. Kolbe soll es auch gewesen sein, der da rief: „Es lebe Lutzauer und Schwab!“ „Es ist die höchste Zeit, daß sie gewählt werden, nun wird es halb anders werden!“ Diese zwölf Angeklagten sind zugleich der Missethäterschaft und zum Theil auch der selbständigen Verübung von Thätlichkeiten beschuldigt. Die anderen sind nur des einfachen Auftrags, d. h. der Theilnahme an einer mit Widerstand gegen die Staatsgewalt und Thätlichkeiten verbundenen Zusammenrottung angeklagt. — Nach Vernehmung der einzelnen Angeklagten zur Sache wurde in die Beweisnahme eingetreten und diese, abgesehen von einer anderhalbstündigen Mittagspause, bis abends um 6 Uhr fortgesetzt.

Leipzig, den 2. October. Ein Amtsrichter als Verbrecher. Amtsrichter Heinrich Langenthal aus Blankenhain war angeklagt, in den Jahren 1885 bis 1892, in welchen er in Folge intimer Beziehungen zu zwei Frauenpersonen Ausgaben machte, die seine Verhältnisse übersteigen, ihm heimlich anvertraute, vorzugsweise zur Ablieferung an die Hyalienversorgungsanstalt in Bismar übergebene Erbschafts-ahgabegelder, insgesammt über 8000 Mk., veruntreut, die Eintragungen in die Register unterlassen und Acten, die sich auf diese Fälle bezogen, bei Seite gelassen und vernichtet zu haben. Er wurde am 20. Juli 1893 wegen Verbrechen nach §§ 350, 351, 348, 349 des Str.-G.-B. vom Schwurgericht zu Jena zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hat der Angeklagte Revision eingelegt. In derselben wird ausgeführt: Die Hauptverhandlung sei abgehalten worden, obwohl dagegen Einwendungen erhoben waren. Der Angeklagte hätte vorher noch weitere Schritte auf Beweiserhebung und Ergänzung der Voruntersuchung gestellt, über die sich das Gericht einfach hinwegsetzt. Dadurch sei die Vertheidigung in wesentlicher Weise beschränkt gewesen. Insbesondere hätte er beantragt, sachverständige Fremde zur Hauptverhandlung zu laden und nochmals seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Ferner sei der Beschluß, welcher die Oeffentlichkeit bis zur Beendigung der Beweisnahme ausschloß, ohne Begründung verkündet worden, was rechtswidrig sei. — Der Rechtsanwalt hielt alle Beschwerden über eine verfrühte Oeffnung des Hauptverfahrens für unbegründet. Die vom Angeklagten übrigens zu spät beantragte Uebersetzung nach einer Fremdanstalt dürfte nicht stattfinden, da kein Sachverständiger einen solchen Antrag gestellt hatte. Diejenigen Aerzte, welche den Angeklagten vorher beobachteten, hatten ihn für geistig gesund erklärt. Auch die Rügen wegen Ausschluß der Oeffentlichkeit seien verfehlt, da die Begründung des Ausschlusses — Gefährdung der Sittlichkeit — am nächsten Verhandlungstage nachgeholt und die Oeffentlichkeit eben nicht weiter als bis zur Beendigung der Beweisnahme ausgeschlossen worden sei. Daß einige anwesende Zeugen in der Hauptverhandlung nicht befragt worden sind, sei kein Revisionsgrund; und in dem neuen Antrage auf Ergänzung der Beweisnahme hätten wenigstens neue Beweise nicht namhaft gemacht werden müssen. Der III. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich diesen Ausführungen an und verwarf daher heute die Revision.

L. Leipzig, 2. October. Aus der Bergarbeiter-Bewegung. Der frühere Bergmann und Vorsitzende des ehemaligen Reichsschupplevereins der Bergleute des Saar-Reviers, Nikolaus Barken in Bildhof, beschäftigt heute wieder den I. Strafsenat des Reichsgerichts. Weil er in einer zahlreich besuchten Bergarbeiter-Versammlung am 23. December v. J. in Bildhof gesagt hat: „Es sind 3000 Reichsschupple-Revo von angekommen, aber nicht zum Schießen sondern zum Verkauf“, ist er vom Landgerichte Saarerücken am 10. April d. J. zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das Landgericht hatte in jenen Worten nach Lage der Sache eine Auffreizung zu Gewaltthätigkeiten erblickt. Von der weiteren Anklage, durch ein von ihm verbreitetes Flugblatt zum Ungehorsam gegen die Geheße, nämlich zur künftigen Niederlegung der Arbeit, aufgefordert zu haben, wurde Barken freigesprochen. Im Urtheil heißt es bezüglich dieses Punktes: „Es handelt sich hier ausschließlich um die Aufforderung zu einer concreten Nichterfüllung der Verpflichtung. Umstände, welche einen Anhalt dafür geben, daß die Aufforderung auch auf die Nichtachtung und Verletzung des Gesetzes überhaupt und schließlich seiner Autorität und hindenden Kraft gerichtet gewesen sei, ist in der Hauptverhandlung nicht hervorgetreten.“ — Die gegen die Verurtheilung von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wurde von Herrn Reichsanwalt Dr. Menge vertreten, welcher eine Inconsequenz in der Rechtsprechung des Strafsenates in Bezug auf den § 110 zu finden glaubte

und es für bedauerlich erklärte, daß die auf Grund des vorliegenden Sachverhaltes angeklagten Personen im Dortmunder Bezirke verurtheilt, im Saar-Bezirk jedoch freigesprochen würden. — Nichts desto weniger erkannte der Senat auf Verwerfung der staatsanwaltlichen Revision unter folgender Begründung: „Es ist festgestellt, daß die Aufforderung zum Streik nicht in dem Sinne geschehen sei, daß dadurch äußerlich die Verletzung der Autorität des Gesetzes überhaupt anerkennen, beibehalten worden wäre; es sei nicht eine bewußte Aufsehnung gegen das Gesetz als solches, sondern lediglich eine Aufsehnung gegen eine bestimmte concreet begrenzte Nichterfüllung rechtlicher Verpflichtungen einem bestimmten Arbeitgeber (nämlich dem Ficus) gegenüber hier in Frage. Der Senat hat in Uebereinstimmung mit früheren Entscheidungen nicht annehmen können, daß diese Unterscheidung eine rechtserhebliche sei und hat auch aus den tatsächlichen Feststellungen nach Lage der Sache keine genügenden Gründe dafür finden können, daß eine Unterscheidung in der Weise, als sei nicht ein concreter Vertrag mit einem einzelnen Arbeitgeber, sondern eine Mehrheit von einander abweichender Verträge hier zu unterstellen, ihre Rechtfertigung findet. Im Gegentheil läßt das Urtheil jeden Anhaltspunkt hierfür vermissen, und es mußte deshalb die Feststellung als eine thatsächliche angesehen werden, die der Nachprüfung entgegen ist. Daß das Urtheil dieses Senates im 21. Bande der „Rechtssprechung“, S. 355 ff. hiermit nicht im Widerspruch steht, ist hinreichend in einem früheren Erkenntnis dieses Senates erörtert worden.“ — Die vom Angeklagten gegen seine Verurtheilung aus § 130 eingelegte Revision wurde ebenfalls verworfen.

L. Leipzig, 2. October. Ein famoses Geschäft. Der Elektrotechniker Robert Ernst Franz Linke und der Arbeiter Hünze hatten früher bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin in Dienst gestanden. 1892 siedelte Hünze nach Hamburg über, während Linke als selbstständiger Elektrotechniker in Berlin blieb. Von hier aus richtete er eines Tages die briefliche Anfrage an Hünze, ob in Hamburg nicht ein „großes Geschäft“ zu machen sei. Hünze glaubte, diese Bitte dadurch zu erfüllen, daß er sich 2 bis 3000 Platina-Drähte aneignete und dem Linke in Berlin zu billigen Preisen überließ. Das Landgericht zu Hamburg verurtheilte am 5. Juli 1893 den Linke wegen Anstiftung zum Diebstahl und wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis und bestrafte Hünze wegen Diebstahls. Gegen dieses Urtheil hat Linke Revision eingelegt. Er bestritt die Anstiftung zum Diebstahl, hätte vielmehr ein reelles Geschäft beabsichtigt. Hünze hätte die Platina-Drähte von seinem Arbeitgeber zur Bearbeitung in den Fabrikräumen bekommen, mithin sei eine Uebergabe der Drähte an Hünze, also eine Besitzübertragung erfolgt. Daher solle dem Hünze nicht Diebstahl, sondern Unterschlagung zur Last. Aber auch dazu enthalte sein Brief an Hünze keine directe Aufforderung. Mindestens hätte erst festgestellt werden müssen der Eventual-Dolus des Linke, daß Hünze sich nur durch eine strafbare Handlung, entweder durch Diebstahl oder durch Unterschlagung, die Drähte aneignen sollte. — Der III. Strafsenat des Reichsgerichts verwarf jedoch heute die Revision, weil er der Ueberzeugung ist, daß Linke jenen ersten Brief in der Absicht geschrieben hat, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, was auch daraus hervorgeht, daß Linke in diesem Briefe den Hünze ausdrücklich bittet, den Brief sofort zu vernichten. Die Anstiftung zum Diebstahl und die Hehlerei stammten aus einem einheitlichen Dolus.

Leipzig, 2. October. Das verhängnisvolle Erntefest. Der Bergmann Heinrich Dehne in Sülzbach feierte das Erntefest mit zahlreichen Freunden in lustiger Weise. Als der vom Landrats mit der Erntefeier betraute Gemeindevorstand Nachts 3 Uhr Feierabend gedot, begaben sich etwa 40 Perso er, darunter auch Dehne, nach dem — von dem bis zu dieser Stunde frequentirten Tanzlocale getrennten — eigentlichen Gasthause. Aber auch hier verbot der Gemeindevorsteher die Fortsetzung der Feier. Da erklärten Dehne und Genossen, daß sie zuvor noch ihr Bier austrinken wollten. Als dies nach einer Viertelstunde noch nicht geschehen war, wurden sie auch vom Gastwirth zum Verlassen des Locals aufgefordert. Aber erst nach einer weiteren Viertelstunde gingen sie hinaus. Nunmehr trieben sie Unruhe mit Latzen, zertrümmerten Fensterscheiben. Als sie nun sitzen werden sollten, suchten sie sich gegenseitig zu befreien. Dehne und zwei Genossen wurden am 1. Juni 1893 vom Landgericht zu Bückeburg für schuldig erkannt und wegen Widerstands und Bergens wider die öffentliche Ordnung zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. In der gegen dieses Urtheil eingelegten Revision wird geltend gemacht, daß die Angeklagten, nachdem ihnen der Gastwirth noch Bier verschafft hätte, ein vertragmäßiges Recht zum Verbleiben gehabt hätten; außerdem sei das Erntefest beendet gewesen, der Auftrag des Landrats also erloschen. — Das Reichsgericht hielt jedoch sämtliche Rügen für hinwiegend und verwarf heute die Revision.

Standesamtliche Nachrichten.
 Rom 5. October.
 Heiraths-Ankündigungen. I. Bahnarbeiter August Pfeiffer, kath., Braustraße 19, und verw. Anna Weiser, geb.

Luppa, kath., baselbst. — Maurer Wilhelm Herrmann, evang., Karuthstr. 12, und Vertha Moseh, evang., Gabisstraße 98. — Maurer Carl Busch, kath., Schweibestr. 7, und Vertha Puntsch, evang., Friedr.-Wilhelmstr. 75. — Kaufmann Otto Gabel, evang., Wronhauptstr. 18, und Elisabeth Freudenberg, evang., Friedr.-Wilhelmstr. 61. — Bahnarbeiter Adolf Guschel, evang., Nachodstr. 9, und Pauline Büttner, evang., Nicolai-Stradgraben 10. — Postbriefträger August Schrinner, evang., Deuthen a. O., und Christiane Rose, evang., Hinterhäuser 5. — Arbeiter Franz Fuchs, kath., Kirchstr. 8, und Ida Fuchs, evang., baselbst. — Arbeiter Carl Hoffmann, evang., Alsenstr. 7, und Anna Thoren, evang., baselbst. — Freistellenbesitzer Ernst Sandmann, evang., zu Straßwitz, und Anna Schmidt, ev., Berlinerstraße 7. — II. Rabbiner Dr. Heinrich Weiger, jüd., Erchen, und Selma Dichinsky, jüd., Sonnenstr. 2. — Schneider Johannes Benisch, kath., Sonnenstr. 7, und Olga Fuhrmann, evang., hier. — Maschinist Theodor Herrmann, kath., Klosterstr. 45b, und Anna Giamba, kath., N. Lauenhagenstr. 72. — III. Schuhmacher Moritz Friedrich, evangelisch, Wilhelmshafen 3, und Vertha Kalsche, kath., baselbst. — Arbeiter Rudolf Wähling, evang., Al. Scheitnigerstr. 40, und Dorothea Wehmer, geb. Sturm, kath., baselbst. — Drehorgelbauer Wilhelm Mertin, evang., Ludwigstr. (Altwater), und Christiane Thon, geb. Haus, evang., Gr. Dreilindengasse 11. — Omnibusbesitzer Robert Schiller, kath., Gr. Dreilindengasse 2b, und Anna Kolbe, kath., daselbst. — Tischler Josef Jojar, kath., Försterstraße 7, und Ida Faber, evang., Kleine Scheitnigerstr. 56. — Müller Heinrich Jünker, ev., Bartschstraße 12, und Auguste Strangfeld, ev., Adalbertstr. 31.

Geschlechtsregister. I. Kaufmann Adolf Manasse, jüd., hier, mit Johanna Glaser, geb. Schindler, jüd., zu Slemlandswitz. — Bierkutscher Josef Ernst, kath., mit Vertha Schwarzer, evang., hier. — Arbeiter Hermann Lauer, ev., mit Wilhelmine Beuner, geb. Heinborn, ev., hier. — Kutscher Josef Schifora, kath., hier, mit Henriette Laske, ev., zu Edeßdorf. — Schuhmacher Adolf Schöner, ev., mit Henriette Wagnis, ev., hier. — Schiffseigner August Kugler, evang., mit Auguste Hürtig, evang., hier. — Haushälter Franz Schwierskott, kath., mit Christiane Frey, ev., hier. — II. Kutscher Heinrich Bernert, evang., mit Auguste Rubelt, ev., hier. — Geschäftsinhaber Gustav Ecker, evang., zu Bad Emsen. mit Martha Keger, evang., hier. — Kutscher Heinrich Schubert, ev., mit Selma Raabe, ev., hier. — III. Prakt. Arzt Dr. med. Richard Croce, kath., mit Marie Specht, kath., hier. — Prakt. Arzt Paul Fabian, kath., zu Höhenriedenberg, mit Catharina Hennig, kath., hier. — Schlosser Richard Z rning, ev., mit Caroline Wagner, ev., hier. — Vorposthändler Richard Arndter, ev., mit Johanna Heinrich, ev., hier.

Todesfälle. I. Particularier Ernst Himpel, 76 J. — Arbeiterin Karoline Pietzsch, 53 J. — Wally, T. des Arbeiters Johann Meyer, 2 J. — Gertrud, T. des Arbeiters August Lufis, 3 J. — Karl, S. des Drochschaffers Ernst Räder, 3 J. — Martha, T. des Kutschers Rudolf Kahl, 3 M. — Glasermeisterwitwe Olga Kleinle, geb. Jaenisch, 50 J. — Schuhmeisterfrau Martha Taus, geb. Krivos, 27 J. — II. William, S. des Buchdruckerarbeiters Bruno Marhefte, 4 Mon. — Hedwig, T. des Postkutschers August Köhner, 4 Jahr 3 Mon. — Valasca, T. des Steuerassessors Loosch Grobort, 11 T. — Hedwig, T. des Fabrikassessors Hermann Hornig, 3 J. — Emilie, T. des Arbeiters Hermann Weigelt, 3 Monate.

Breslau, 5. October. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per October 127,00 G., October-November 127,00 G. — Weizen (per 1000 Kgr. per Octob. 160,00 G. — Weizen (per 1000 Kgr., — gefündigt — Str., loco in Qualitäten a) 5000 Kilogr., — per October 48,50 B., per April-Mai 49,00 B. — Spiritus per 10l Liter (a 100 pSt.) ohne Faß excl. 50- und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgeaufene Kündigungscheine — per October 50er 53,00 B 70er 33,00 B. Zink ohne Umfag.

Breslau, 5. October. (Breslauer Mehlmarkt-Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sacd 23,00 bis 23,50 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sacd 20,50 — 21,00 M. — Weizen-Kleis per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,80 — 9,20 M., b. ausländisches Fabrikat 8,40 — 8,80 M. — Roggenmehl loco, per Brutto 100 kg incl. Sacd 18,75 — 19,25 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 10,20 — 10,60 M., b) ausländisches Fabrikat 10,00 — 10,40 M.

Druckfehler-Berichtigung.
 In dem Leitartikel der Nummer 235 der „Volks-wacht“ befinden sich zwei grobe Druckfehler auf Spalte 3, Zeile 4 und 5 muß es heißen: „Die sich wie die Drohnen“ u. s. w.; auf derselben Spalte, Zeile 14: „Die gesellschaftlich Höherstehenden werden gebeten u. s. w.“ anstatt wie zu lesen ist „getreten“.

Fabrik von Arbeiterfachen
 Spezialität. Arbeitshosen.
E. Liedecke, Stadtgasse Nr. 30.
 En gros. 13/2 En détail.

Brat! größer als im Consum, rein als gemalt, 5 Pfd. für 45 Pf. **Brat!** Hausbrot, vorzüglich im Geschmack, 5 1/2 Pfd. für 45 Pf. Hier ist die Bäckerei 1283
13, Delsnerstraße 13
A. Garbotz.

Bis. Spiegel u. Gardinenstangen
 I. all Größen u. Holzarten, Resuliner-
 Nr. 25, II. Auch mehrere geb. Spiegel.
 1446
1 Vereinszimmer
 ist zu vergeben. 1454
C. Bensch.
 Restaurateur, Hirschstraße 65.
Zur Einweihung
 am Sonnabend, den 7. October
 Label ergeben ein 1454
Carl Bensch, Restaurateur.
 Hirschstraße 65.

Ein großer Posten eleganter
Herren-Hüte
 mit Arbeiter-Controll-Marke
 ist wieder eingetroffen und bitte ich meine werthen Kunden um geneigten Zuspruch.
 Desgleichen empfehle ich selbst gefertigte
Herren- und Damen-Regenschirme
 sowie meine Reparatur-Werkstatt für Hüte und Schirme einer ge-
 neigten Beachtung. 1291
Gustav Nowak, Friedrich-Wilhelmstraße
 nahe Königsplatz.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.

Direction: Dr. Max Loewe.
Sonnabend: Rigolotto.

Lobe-Theater.

Direction: Fritz Witte-Wild.
Freitag: Einmalige Aufführung:
„Hanna Jager.“
Sonnabend: Doppel-Vorstellung.
Jugend.

Central-Verband der Deutschen Maurer.

(Zahlstelle Breslau.)

Sonnabend, den 7. October in **Wanzek's Lokal**, Gartenstraße 23e:

Grosses Festkränzchen

verbunden mit **humoristischen Vorträgen** während der Pausen.
Um 11^{1/2} Uhr: **Cotillon mit scherzhaften Überraschungen.**
Billets im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 75 Pf. — Einzelne Dame 25 Pf.,
an der Kasse 30 Pf.

Einlass 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Gäste willkommen.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen von Breslau und Umgegend.

Sonnabend, den 7. October 1893, Abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal von **Mertin**, Kleine Groschengasse 10/11.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Paul Hennig**.
2. Wie agitieren wir für unseren Verein. 3. Gewerkschaftliches. Um
zahlreiche und pünktliches Erscheinen ersucht. **Der Vorstand.**

F. Pschikling, Schneidermeister

Messergasse 39, Ecke Altbücker-Straße

Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe,
Tuch- u. Buckskin-Lager in schönster Auswahl zu bill. Preisen.

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

63 Matthiasstraße 63 vis-a-vis „Zum russischen Kaiser“

I. Special-Geschäft für

„Margarine-Butter“

bestes holländisches Fabrikat
der Naturbutter im Geschmack vollständig
gleichkommend.

63 Matthiasstraße 63, vis-a-vis „Zum russ. Kaiser.“

A. KOSAK

Strohhut- und Filzhut-Fabrik.

Billigste Bezugsquelle für Damenputz.

Garnirte Sammetcapotten von 1,50 Mk. an.

A. Kosak

Neuschestr. 37/38, Ecke Königsplatz.

Als beste und billigste Bezugsquelle

empfehle ich mein

Colonialwaaren- u. Cigarren-Lager

dem geehrten Publikum einer gütigen Beachtung.

Arthur Mentzel

Berliner Chaussee (Marmorhaus.)

Allenmeustes!

Für Arbeiter!

In Herren- u. Knaben-Garderoben
ist und bleibt unstrittig die Handlung
Neumarkt 45, G. Knauerhase.
Elegante Winter-Heberzieher
warm und fein im Oberstoff,
billiger wie anderswo. 1445
Herren-Winter-Joppen, Foden u. Willus
billiger und besser wie anderswo.
Herren-Winter-Anzüge schon v. 12 Mk. an.
Jünglings-Anzüge spottbillig.
Knaben-Paletots u. Anzüge schon v. 2 Mk. an.

Pöpelwitz.

Sonntag, den 8. October 1893, Vormittags 11 Uhr

Volksversammlung

in **Gutsmann's Lokal.**

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl eines Delegierten zum Parteitag in Köln. 3. Verschiedenes.
Frauen sind eingeladen. **Entrée 10 Pf.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sektion der Klempner.
Sonntag, den 8. October, Vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

in **Edlich's Brauerei, Neumarkt Nr. 8.**
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die
Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen, auch werden
dieselben auf Ihre Verbandspflichten aufmerksam gemacht. **Der Vorstand.**

Haynau. Arbeiterverein.

Montag, den 9. October, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum
„gelben Löwen“:
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Gesundheitslehre und das Proletariat.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Leben und Wissenschaft.

Gesammelte Vorträge und Aufsätze
von
Dr. Arnold Dodel.
Ordentl. öffentl. Professor an der
Universität Zürich.
Erste Lieferung:

Gauer, Arbeiter u. Wissenschaftler.

Drei gemeinverständliche Vorträge
gehalten
im Vereinshaus des deutschen Arbeiter-
bildungs-Vereins in Zürich.

2. Lieferung:
Conrad Deuble:
**Der oberösterreichische Bauern-
Philosoph.**

Seine soziale Stellung und seine
Befähigung.
Ueber die ältere Natur-Verachtung
und die neue Natur-Betrachtung.
Preis pro Band 75 Pf.

Soeben erschien:
**Der Neue
Weltkalender**

für das
Jahr 1894.

Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der
„Volkswacht.“

Soeben erschien:
**Die Frau
und der Sozialismus**

von **A. Bebel.**

20. Aufl.

Preis geb. Mk. 2,50.

Zu beziehen durch die Expedition
der **Volkswacht.**

Freie Religionsgemeinde.

Erbauungshalle: Grünstr. 6.

Sonntag, den 8. October,
Vormittags 9^{1/2} Uhr:
Erbauung, **Prediger Tschirn.**

Vereins-Kalender.

Breslau.

Deutscher Metallarbeiter-
Verband Sektion Breslau (Klempner)

Jeden Sonnabend, Abends von 8 bis
10 Uhr Entgegennahme der Beiträge,
Ausgabe des Verbandsorgans, sowie
Umtausch der Bibliotheksbücher, im
Kassenlokal, verbunden mit Arbeits-
nachweis im Gasthof „zum Raben“
Borwerkstraße 47 (Barisch). — Auf-
nahme neuer Mitglieder. — Die
Central-Herberge befindet sich in
Edlich's Brauerei „zu den drei Tauben“
Neumarkt 8.

Metallarbeiter-Verband (Zahl-
stelle Breslau [Schlosser]). Jed. Sonn-
abend Ab. 8 Uhr; Kassenabend, Aus-
gabe des Verbandsorgans, Umtausch
der Bibliotheksbücher und Aufnahme
neuer Mitglieder im Lokal „zu den
3 Tauben“, Neumarkt 8.

Allgem. Kranker- und Sterbe-
Kasse der Metallarbeiter (G. H.
29). Jeden Sonnabend Abends 8 bis
10 Uhr und Sonntag von 12—2 Uhr
Kassentag im „goldenen Löwen“
Neuschestr. 65. — Aufnahme neuer
Mitglieder.

Allgemeiner Unterstützungs-
verein der Töpfer und Berufs-
genossen Deutschlands Filial-
Breslau. Jeden Sonnabend, Abends
von 8 bis 10 Uhr: Kassenabend
im Lokal des Herrn Mertin Kleine
Groschengasse 10.11. Aufnahme neuer
Mitglieder. — Gäste willkommen.

Pöpelwitz

Sozialdemokratischer Arbeit-
verein Breslau-Lanb-Neumarkt
— Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung im Lo-
kal des Herrn Gutsmann in Pöpel-
witz
Freie Vereinigung aller
in der Strohh- und Filzhu-
branche beschäftigten Arbeit-
u. Arbeiterinnen Breslau
Jeden Sonnabend Abends 8 Uhr
Kassenabend bei **Stajinows**
Junkernstraße 20.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Central-Kranken- und Sterb-
Kasse der Tabakarbeiter Deut-
lands (G. H.). Jeden Sonnabend
Abends von 8 bis 10 Uhr: Kassen-
abend in Edlich's Brauerei, Neumarkt
— Aufnahme neuer Mitglieder.
Gauverein Breslauer Bil-
dungsvereine. Jeden Sonnabend, Ab-
ends 9 Uhr: Vereinsabend im Wirt-
shaus „Krone“ Rittersplatz.
Bereinigter Hartmacher. Jed.
Sonnabend, Abends von 8—10 Uhr
Kassenabend im „rothen Löwen“
Aufnahme neuer Mitglieder.
Verband deutscher Gold- u.
Silberarbeiter und verwand-
ter Berufsgenossen. — (Zahl-
stelle Breslau). — Jeden Sonnabend,
Abends 8 Uhr: Vereins- und Kassen-
abend im Rüstler's Lokal, Lehndamm
— Aufnahme neuer Mitglieder.
Gäste willkommen.
Localverband deutsch
Zimmerer Breslau. Jed.
Sonnabend von 8—10 Uhr: Kassenabend
des Verbandes der Zimmerer
Breslau's, sowie Kassenabend der Centra-
len Krankenkasse i. d. Brauerei, Herrenstr.
Central-Kranken- und Sterb-
Kasse der Tischler und ander-
gewerblichen Arbeiter (Hambur-
ger Straße 19). Jeden Sonnabend,
Abends 8 Uhr und Aufnahme neuer
Mitglieder in Heider's Brauerei
Herrenstraße 19 (Ecke Engelsburg).
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Breslau). Jeden Sonnabend
Vereins- und Kassenabend
Jänisch's Brauerei, Herrihstr. 6.
Allgemeine Kranker- u.
Sterbe-Kasse der deutsch
Drechsler und der verwand-
ten Berufsgenossen. (G. H.
Hamburg). Jeden Sonnabend
Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend
in Neupold's Restaurant Nummer 1

Der Vertrauensmann.

Haynau.

Arbeiter-Verein. Alle 14 Tage
Montag Abends 8 Uhr: Mitglieder-
Versammlung im Gasthof „zu
goldenen Löwen.“

Arbeiter-Gesangverein „Volk-
strom“. — Jeden Dienstag, Abends
8 Uhr: Übungsstunde im Ge-
hof „zum goldenen Löwen“. — Auf-
nahme neuer Mitglieder.

Größtes und billigstes Gut-Geschäft

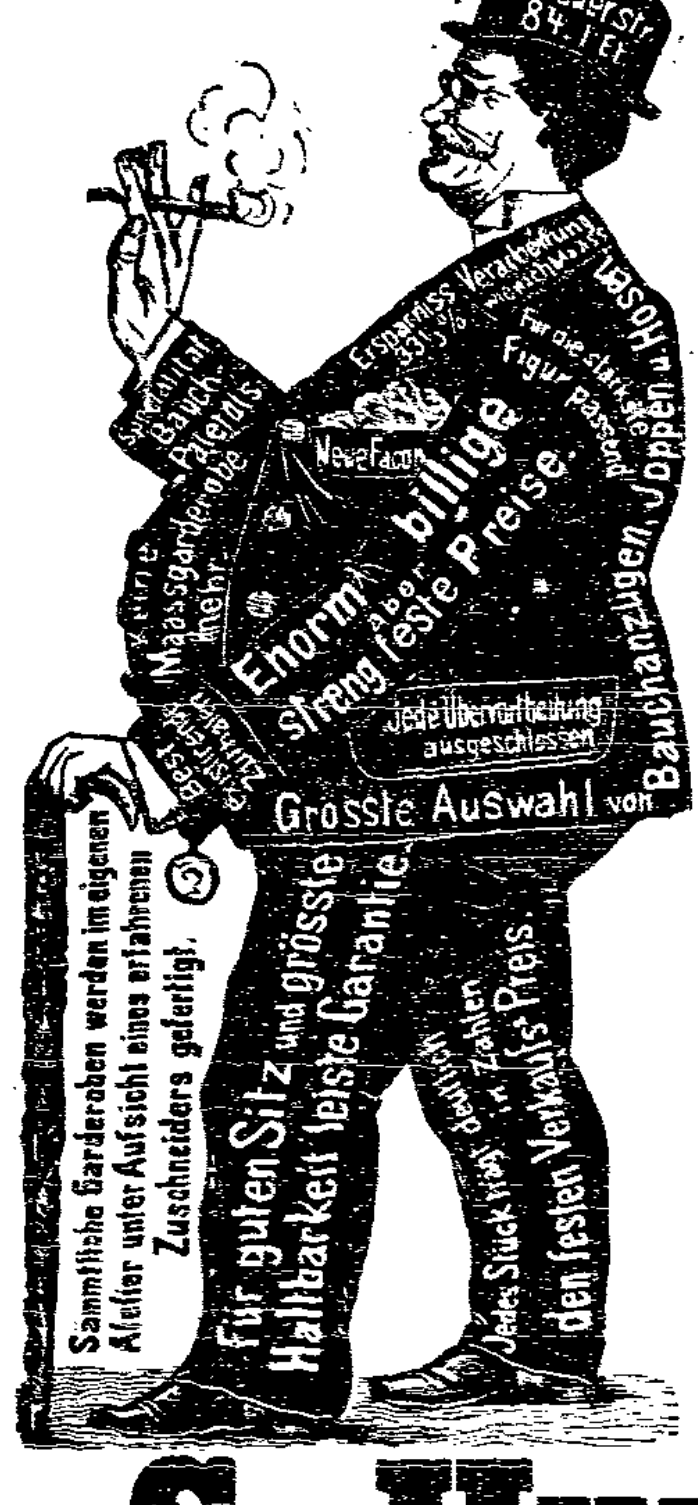
68 M. Hirsch 68
68 Obblauerstr. 68

zwischen Bischofstraße u. Weintraubengasse.
Verkauf nur reeller Waare zu enorm billigen Preisen.
Billiger als jede Concurrenz.

Herren- und Knaben-Garderobe

in nur reeller Waare, billiger als Ueberall
Eduard Freund, 57, Reusche-Strasse 57,
 Ecke Hinterhäuser.

Specialität: Bauchgarderoben.



Herren-Garderoben
 für normal gebaute Figuren mache ein geehrtes Publikum ebenfalls aufmerksam. Meine fertigen Garderoben sind trotz anerkannt horrenden Billigkeit auf das eleganteste, mit den besterhaltenden Zuthaten verarbeitet und nur mit Paargarderoben zu vergleichen.
Unerreichte Auswahl von **Jünglings- und Knaben-Garderoben** in den reizendsten Façons zu auffallend billigen Preisen.
Anfertigung nach Maass in kürzester Zeit.
 Preislisten oder sonst hier allgemein übliche Anlockungsmittel veröffentliche ich nicht und steht es Jedermann frei, sich von der Wahrheit meiner Angaben zu überzeugen.

S. Hurtig,

1. Etage, Ohlauerstraße 84, 1. Etage
 nur 1. Etage, Eingang Ecke Schuhbrücke, nur 1. Etage

Arbeiter, Bürger, Handwerker

mache ich auf mein als wirklich reell bekanntes
Waarenhaus
 aufmerksam. Ich empfehle:

- Abtheilung I.** Kleiderstoffe vom einfachsten bis besten Genre: Bockel, Flanelle, Elbschafwolle.
- Abtheilung II.** Leinen, Tischzeuge, Tücher, Anleits, Drecks, Handtücher und fertige Bettwäsche.
- Abtheilung III.** Damen-, Herren- u. Kinderwäsche, Hemden von 10 Pf. an, Corsets von 15 Pf. an, wolkene Unterwäsche von 60 Pf. an.
- Abtheilung IV.** Damen-Confection. Costumes von 5,50 Mk. an, Damen-Jaquets von 2,75 Mk. an, Damen-Mäntel von 9 Mk. an, Röcke von 2 Mk. an, Jacken von 80 Pf. an, Blousen von 1,25 Mk. an, Cremerkleider in größter Auswahl stets vorräthig.
- Sämtliche nicht angeführten Artikel viel billiger als überall. Bestellungen nach Maass werden innerhalb acht Stunden in eigenen Arbeitstuben bestens ausgeführt.

S. Imbach,

1, Adalbertstr. 1, an der Leinwandbrücke.

Neue Serringe

Ring 46, im Hofe.
Julius Philipp's
 Barbier-, Friseur- und Haar-
 (Schu)de-Cabinet empfiehlt sich
 einer geneigen Beachtung. [1118]
Friedrich-Wilhelmstr. 52.
 Filiale: Postenstr. 5.
 Wabrer Jakob u. Volkswacht liegt aus

Klosterstr. 1a
Ausverkauf der Restbestände
 an 1834
 Lampen, Glas, Porzellan etc.
 unterm Selbstkostenpreise
 wegen Geschäft-Verlegung nach der
 Breitestraße 28.

Garantirt reines
Schweineeschmalz,
 a Pfund 65 Pf.,
 Tafel-Speck, ger. 80 Pf.
 ff. Süßrahm-
 Margarine " 70 "
Erste Bresl. Schmalz-
Fabrik.
Gustav Glaser,
 Breitestraße 45.
 Fernsprecher 1852.
 Wieder-Verkäufer werden
 auf obige Annonce besonders auf-
 merksam gemacht. 1836

Strumpfwolle 1811
Sockenwolle
 Eriothemden
Arbeitshemden
Unterhosen
Socken, Strümpfe
Kinder-Kleidchen
Jäckchen, Hauben
Corsets, Wäsche
Tricot-Cailen.
Max Troidner
 57 Friedr.-Wilhelmstr. 57

Control-Marken-
Hüte
 am besten und billigsten nur in der
Hut-Fabrik
Schmiedebrücke
19
 neben der Brauerei
 „zum Aufbaum“.
 1869

„Goldene 74“

Grösstes Confectionshaus
 Breslau's
74, Ohlauerstrasse 74,
 in der 1. Etage.

Es kommen zum Verkauf ohne Rücksicht auf die bisherigen Preise:
Pelerinen-Mäntel für Herren und Knaben.

| | |
|----------------------------|------------------------------|
| Cheviot-Anzug . von 9 M an | Double-Schlafrock von 7 M an |
| Cheviot-Anzug . 13 = = | Satin-Schlafrock . 9 = = |
| Diagonal-Anzug . 15 = = | Belour-Schlafrock . 12 = = |
| Belour-Anzug . 18 = = | Doubleface-Schlafrock 15 = = |
| Satin-Anzug . . 26 = = | Frise-Schlafrock . 20 = = |
| Kammgarn-Anzug . 19 = = | Tuch-Hose 3 = = |
| Kammgarn-Anzug . 25 = = | Winter-Hose . . . 4 = = |
| Salon-Anzug . . 27 = = | Schwarze Hose . . 6 = = |
| Gehrock-Anzug . 30 = = | Kammgarn-Hose . 7 = = |
| Reife-Mantel . . 10 = = | Tuch-Weste 1 = = |
| Kaiser-Mantel . . 9 = = | Weisse Weste . . . 2 = = |
| Pelerinen-Mäntel 13 = = | Hochelegante Weste 4 = = |
| Hohenzollern-Mantel 23 = = | Knaben-Anzug . . 2 = = |
| Herbst-Paletot . . 8 = = | Schul-Anzug . . . 3 = = |
| Winter-Paletot . 13 = = | Nouv-Anzug . . . 5 = = |
| Demi-Paletot . . 15 = = | Burschen-Anzug . 4 = = |
| Bauch-Paletot . 16 = = | Jünger-Anzug . . 7 = = |
| Schwaloff-Paletot 20 = = | Knaben-Paletot . 3 = = |
| Bureau-Joppe . . 3 = = | Kn.-Kaiser-Mantel 4 = = |
| Haus-Joppe . . . 4 = = | Burschen-Paletot 5 = = |
| Loden-Joppe . . . 7 = = | Jünger-Paletot . 8 = = |
| Jagd-Joppe . . . 8 = = | Bursch.-Schwaloff . 7 = = |

Zollern-Mäntel nur 10 Mark.
 Nach Maass gearbeitet zum gleichen Preise.
 Versandt nur gegen Nachnahme.
 Billigste Quelle für Wiederverkäufer.

„Goldene 74“

Breslau,
 1. Etg. 74 Ohlauerstr. 74, 1. Etg.

Im Interesse unserer Kunden bitten wir unsere Firma zu achten und warnen vor Nachahmung, die nur auf Täuschung des Publikums berechnet ist. 1434

Beste russische Gummi-Schuhfabrik.



Beste Schuhmacher-Handwerk.

Blücherplatz 4, neben der Mohren-Apotheke.